

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,30 M., monatlich 1,10 M.
Einzelnummer 5 Pfg.
Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pfg.
Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg.
für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Juli 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das böie Gewissen.

Nach der halatistischen Scilla die soziale Charabdis! Mit diesem prophetischen Wort schließt ein gewisser Franz Morawski eine Broschüre, die den sensationellen Titel trägt: „Der kommende Tag.“

Michel sagt zu seinem Sohne:
Hol der Teufel die Barone,
Ob sie deutsch sind oder Polen,
Alle soll der Teufel holen.

Auch folgender „Vorgang“ sei charakteristisch:

Ende März dieses Jahres, etwa eine Woche nach der Gnesener Anstiedlerversammlung, fand am Rittergute C. im Kreise Gostyn ein Termin zwecks parzellenweiser Verpachtung von Außen-schlägen statt.

Ob nun die Schilderung der in Bauernkreisen herrschenden Stimmung zutrifft oder nicht: die „Kreuz-Ztg.“ nimmt den Alarmruf durchaus ernst und beschwört bereits die Regierung, alles zu tun, um die „kommunistischen Gefahren“ abzuwenden.

Zunehmend mag freilich auch den Junkern das böie Gewissen schlagen. Denn darin dürfte Morawski — mag seine Broschüre auch zehnmal nur den Zweck haben, die Konservativen gegen die Anti-Polenpolitik zu stimulieren und auf diese Weise die polnischen Schnapsblockhandlangerdienste für die Polen fruchtbar zu machen — nicht so unrecht haben, daß die ländliche Besitzverteilung eine so aufreizende und empörende ist, daß es keiner allzu intensiven Agitation bedürfte, um den „Reid der Besitzlosen“ gegen die Junker zu erregen.

Aber selbst wenn wir alle landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ausschalten und nur die Hauptbetriebe berücksichtigen, d. h. die Wirtschaften, deren Inhaber nach der Berufsstatistik „selbständiger Landwirt im Hauptberuf“ war, so ergibt sich nach der neuesten Betriebszählung vom Jahre 1907 folgendes Bild:

Table with 5 columns: Betriebsgröße, Zahl der Betriebe, in Proz., Gesamt-wirtschaftsfläche, in Proz.
bis 2 Hektar: 225 000, 17,28, 442 000 Hektar, 1,71
2-5: 355 000, 27,28, 1 639 000, 6,34
5-20: 583 000, 40,87, 7 145 000, 27,66
20-100: 171 000, 13,15, 8 500 000, 32,90
über 100: 18 773, 1,44, 8 111 000, 31,39

Also noch nicht volle 15 Proz. der Betriebe umfassen mehr als 64 Proz. der gesamten Wirtschaftsfläche!

Es ist vollends ungeheuerlich, daß eine Handvoll Großgrundbesitzer, noch nicht 20 000 an der Zahl, ein Drittel der gesamten Wirtschaftsfläche ihr eigen nennt.

Der ganze hochmoderne Reichsmechanismus hat feudale Lenker, dient feudalen Herren. Seine soziale und wirtschaftliche Entwicklung wird von den Konservativen geleitet. Die Junker und ihre politischen Freunde bilden den mächtigsten Faktor, wenn nicht im Reichstage, so doch tatsächlich im Reich.

Und an einer anderen Stelle sagt Morawski, daß alle freisinnigen Artikel gegen die Junker „Hiebe in die Luft sein werden, solange in Ostelbien der Adel weit über zwanzig Millionen preussische Morgen besitzt, solange bei einem Diner von 20 Personen eine halbe Million Hektar vertreten sein kann.“

Diese Junkerherrlichkeit aber sieht Morawski durch die Früchte der unseligen Ostmarkenpolitik bedroht. Die Erhebung gegen die Junker soll nach ihm in den Siedlungsgebieten bereits die bedrohlichsten Formen angenommen haben.

Man könnte glauben, es gäbe für unseren Liberalismus keine schönere Aufmunterung zur Vernichtung der Junkermacht durch zwangsweise Auskaufung des Großgrundbesitzes, als die Nachweise Morawskis über das Fundament der Junkermacht und den Hebel, sie umzuküßern.

Unsere liberalen Junker-Bekämpfer werden sich um so vorsichtiger hüten, die Frage der „Teilung“ auf dem Lande akut werden zu lassen, als dadurch ja auch die „Begehrlichkeit“ in der Stadt geschürt werden müßte.

Wohl aber kann und wird bei der sozialistischen Landagitation in Zukunft die schreiende Ungerechtigkeit der Bodenverteilung eine immer wirksamere Rolle spielen!

Peitschenhiebe gegen Fürsorgekinder.

Unsere Mitteilungen über die grauenvolle Behandlung von Fürsorgezöglingen in Mielczyn haben zu einer amtlichen Untersuchung sowohl von Seiten der Regierung wie der Waisenvverwaltung geführt. Von der Regierung war Regierungsausschussor Wehrmann aus Bromberg, von der Waisenvverwaltung Assessor Vogt und unser Parteigenosse Dr. Alfred Bernstein an Ort und Stelle entsendet.

gar zu erbärmlich weinte. Der Pastor und Inspektor meinten, die Geprügelten hätten nicht nachzählen brauchen, aber es sei von vorne angefangen, wenn der Junge „widerpenstig“ war. Ein Zögling (Schwarzenberg), der als Epileptiker in Buhlgarten gewesen war, schlug aus Verzweiflung bei der Prügelei das Fenster ein.

15 Hiebe auf die Fußsohlen, dann wurde die

Waisnabe auf die Fußsohlen um noch 25 erhöht.

Ein Kind teilte dem Regierungsbeamten mit, daß es in den paar Monaten, wo es in der Qualanstalt war,

660 Peitschen- und Stockhiebe erhalten habe.

Zu ganzen sind in der Anstalt 54 Kinder. Die 11 Aufsichtsbearbeiter sind sämtlich aus dem christlichen Bertein junger Männer in Berlin und aus der inneren Mission.

Eine Strafliste wird in der Anstalt nicht geführt. Seit Eröffnung der Anstalt, die erst wenige Monate zurückliegt, sind Tausende von Peitschenhieben verabreicht, wenn man auch nur die Jugendhiebe des Pastors und Inspektors in Rechnung zieht.

Trotz dieses Tatbestandes suchen die „Posener Neuesten Nachrichten“ die zum Himmel schreiende Behandlung der Kinder zu beschönigen. Die Fesselung sucht dieses Organ damit zu entschuldigen, daß ja auch auf dem Transport von Lichtenberg nach Mielczyn die Kinder an der Hand teilweise zwei mit einer losen Achse zusammengefasst transportiert wurden.

Die revolutionäre Bewegung in Spanien.
Selten ist von einer Regierung ein Krieg leichtsinniger und frivoler angezettelt worden als von den spanischen Machthabern der Krieg mit den Miffablen. Es genügte, daß in der Nachbarschaft der Besitzungen Spaniens in Nordmarokko Erzlager entdeckt, daß eine kapitalistische Gesellschaft die Konzeption zur Ausbeutung der neuen Minen verlangte und das spanische Ministerium erklärte sofort, die Oberhoheit Spaniens auch auf jene Gebiete erstrecken zu wollen.

So hat sich aus dem Kolonialabenteurer ein ernster Krieg entwickelt und die verbrecherische Regierung schickt sich jetzt an, Zehntausende von spanischen Soldaten dem mörderischen Klima und den wilden Angreifern zum Opfer zu bringen, um dem Kapital ein paar neue Erzlager zu erobern.

Die revolutionäre Bewegung in Spanien.
Zu ganzen sind in der Anstalt 54 Kinder. Die 11 Aufsichtsbearbeiter sind sämtlich aus dem christlichen Bertein junger Männer in Berlin und aus der inneren Mission.

Eine Strafliste wird in der Anstalt nicht geführt. Seit Eröffnung der Anstalt, die erst wenige Monate zurückliegt, sind Tausende von Peitschenhieben verabreicht, wenn man auch nur die Jugendhiebe des Pastors und Inspektors in Rechnung zieht.

Trotz dieses Tatbestandes suchen die „Posener Neuesten Nachrichten“ die zum Himmel schreiende Behandlung der Kinder zu beschönigen. Die Fesselung sucht dieses Organ damit zu entschuldigen, daß ja auch auf dem Transport von Lichtenberg nach Mielczyn die Kinder an der Hand teilweise zwei mit einer losen Achse zusammengefasst transportiert wurden.

Die revolutionäre Bewegung in Spanien.
Selten ist von einer Regierung ein Krieg leichtsinniger und frivoler angezettelt worden als von den spanischen Machthabern der Krieg mit den Miffablen. Es genügte, daß in der Nachbarschaft der Besitzungen Spaniens in Nordmarokko Erzlager entdeckt, daß eine kapitalistische Gesellschaft die Konzeption zur Ausbeutung der neuen Minen verlangte und das spanische Ministerium erklärte sofort, die Oberhoheit Spaniens auch auf jene Gebiete erstrecken zu wollen.

das hierale Verdummungssystem die Einsicht der Volksmassen nicht irreführen kann. Dieses geknechtete Volk besitzt doch noch so viel Kraft, um sich gegen das Meißer zu wehren und mit wilder Energie die Zumutung zurückzuweisen, für kapitalistische Profitinteressen sein Leben zu opfern auf Geheiß einer volksfeindlichen Regierung, die unfähig war, die Tragweite ihrer Handlungen zu erkennen. In Barcelona, der alten Stätte revolutionärer Erhebungen, erhob sich die zum Teil noch unter anarchoistischem Einfluß stehende Arbeiterklasse zum Protest und proklamierte den Generalstreik. Die Regierung aber behandelte die streikenden Spanier fast noch schlimmer als die kämpfenden und wenigstens gut bewaffneten Marokkaner. Sie verhängte den Belagerungszustand und ließ den Säbel hängen, die Flinten schießen. Bald wird die Zahl der auf Geheiß der spanischen Regierung ermordeten Spanier größer sein als die durch die Marokkaner und den Krieg getöteten! Aber das Wüten der Regierung ist zunächst vergebens; die Bewegung greift immer weiter um sich und nimmt immer ausgesprochenere revolutionäre Formen an, wie die nachstehenden Telegramme zeigen:

In Barcelona.

Barcelona, 28. Juli. Beim Rathaus fand ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und der Gendarmerie statt. Auf beiden Seiten gab es viele Verletzte. Bedeutende Truppenmassen kamen in Katalonien an.

Madrid, 28. Juli. Die Lage in Barcelona ist noch immer ernst. Die Menge griff heute ein Nonnenkloster an.

Verhinderung des Eisenbahnverkehrs.

Bergignan, 27. Juli. Auf der Eisenbahnlinie Cerdère-Barcelona sind in der Richtung nach Figueras die Eisenbahnschienen an mehreren Stellen aufgebrochen worden. Die Ausländischen verhindern jeden Eisenbahnverkehr und überwachen die Wägenlinie.

Angriff auf einen Eisenbahnzug.

Cerdère (Dipuyrenaud), 28. Juli. Der gestern früh 6 Uhr von Barcelona abgegangene Zug kam mit einer Schutzwache von 25 Mann erst 10 Uhr abends in Figueras (Provinz Gerona) an. Auf der Station Figueras war der Zug von der Menge angegriffen worden, die Wache hatte gefeuert und zwei Personen verwundet. Die Verbindungen zwischen Gerona und Barcelona sind unterbrochen.

Ausdehnung des Generalstreiks.

San Sebastian, 28. Juli. Wie aus Bilbao gemeldet wird, herrscht im ganzen Biscaydistrikt starke Erregung. Die Sozialistenkomitees in der Provinz Vizcaya beschloßen, den Generalstreik zu erklären.

Der Belagerungszustand.

Madrid, 28. Juli. Eine offizielle Note rechtfertigt die Verhängung des Belagerungszustandes über die Provinzen Barcelona, Tarragona und Gerona mit Währungsanarchoistischer und revolutionärer Elemente, welche das Zeichen zum allgemeinen Ausstande gegeben, Gewalttätigkeiten aller Art verübt und sämtliche Verbindungen abgeschnitten hätten, um die ausländische Bewegung zu erleichtern.

Madrid, 29. Juli. Der König unterzeichnete heute ein Dekret, durch das die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben werden.

Rücktritt des Ministeriums.

San Sebastian, 28. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Meldungen aus Madrid sprechen von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministeriums Maura und seiner Ersetzung durch ein militärisches Kabinett, da die Ereignisse in Barcelona einen entschieden revolutionären Charakter angenommen haben.

Die Zensur.

Genève, 28. Juli. Aus Madrid wird gemeldet: Die strenge Zensur isoliert Madrid und das übrige Spanien. Da genaue Nachrichten aus Melilla fehlen, wächst die große Aufregung. Seit 24 Stunden hat man auch keine Nachrichten aus Barcelona. Die Blätter veröffentlichen die Meldungen des Ministeriums des Innern, aber alle, selbst die gemäßigten kritisieren die überaus scharfen Maßnahmen gegen die liberale Presse. „Correspondencia“, „El País“, „Abo“, „Diario universal“ protestieren scharf gegen ein Vorgehen, das der Verfassung widerspricht. Die „Correspondencia“ wurde gestern beschlagnahmt, „El País“ bisher jeden Tag.

Der Krieg mit den Babylonen.

Genève (Dep. Vassès-Pyrénées), 27. Juli. Aus Melilla wird gemeldet: Der Kampf vom 23. d. M. war der erbitterteste seit dem Beginn der Feindseligkeiten. Eine spanische Abteilung wurde in einem Hohlweg überrannt und von den auf den benachbarten Höhen im Hinterhalt liegenden Mauren bezwungen. Die Verluste betragen mehr als 400 Tote und Verwundete. Ein Offizier erzählt, auch die Verluste in den Kämpfen am 20. und 21. Juli seien viel höher gewesen, als der amtliche Bericht angab. Es erscheint unvermeidlich, 14.000 Mann Verstärkung nach Melilla zu schicken und sich des Gurugü-Verges zu bemächtigen, an dem die Mauren einen Stützpunkt haben.

Melilla, 27. Juli. Der Kampf hat von neuem begonnen. General Pinto und mehrere Offiziere sind gefallen.

Eine amtliche Meldung.

Paris, 28. Juli. Einem amtlichen Bericht aus Melilla zufolge haben die Marokkaner die Schienen der nordafrikanischen Eisenbahn entzerrt und dadurch den Zugverkehr gehindert. Zwei spanische Abteilungen trieben die Marokkaner zurück und stellten den Zugverkehr wieder her. Die Verluste der Marokkaner waren zahlreich, auch die auf spanischer Seite bedeutend.

Die Lage in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Die aus den koalitierten Parteien des ungarischen Reichstags gebildete Regierung hat am 26. April ihre Demission gegeben. Die verschiedenen Parteien anhängenden Minister über die Lösung der Bankfrage auseinandergelassen. Oesterreich-Ungarn hat, wie bekannt, eine gemeinsame Notenbank, deren Privileg alle zehn Jahre erneuert werden muß. Das jetzt geltende Privileg läuft am 31. Dezember 1910 ab, und erlischt automatisch, wenn es auf parlamentarischem Wege nicht erneuert wird. Die Trennung der Bank ist nun eine spezifische Forderung jener Los-von-Oesterreich-Ideologie, die in der gänzlichen Loslösung Ungarns von dem anderen Staate der Donaumonarchie gipfelt und darin das Universalheilmittel für jegliche Wunden des ungarischen politischen und sozialen Lebens erblickt. Die Unabhängigkeitspartei, deren Programm diese staatsrechtliche Selbständigkeit Ungarns fordert, erlangte in den Wahlen 1906 die Mehrheit des Parlamentes. Wäre Ungarn ein nach den Grundgesetzen des Parlamentarismus organisierter Staat, so hätte der Unabhängigkeitspartei, nachdem sie die Mehrheit des Parlamentes

wurde, auch die ganze Regierungsgewalt zufallen müssen. Der von der Unabhängigkeitspartei vertretenen Trennungspolitik stehen aber sehr große, nach den vorhandenen Machtverhältnissen unüberwindliche Hindernisse im Wege: Teils die auf das gemeinsame Heer sich stützende Dynastie, welche von der Lockerung des Gefüges der beiden Staaten eine Schwächung ihrer Großmachtstellung und ihres Prestiges befürchtet, teils mächtige österreichische Interessengruppen, so die österreichische Industrie, welcher eine radikale Trennung mit dem Verlust ihres besten und größten Absatzgebietes droht, und außerdem die von dem einheitlichen Reichsgedanken beherrschten Feudalen und christlichsozialen Demagogen. Der Zusammenschluß dieser außerungarischen Machtfaktoren verlegte der ungarischen Reichstagsmehrheit den Weg zur Regierungsgewalt, und sie konnte einen Teil derselben nur erreichen, wenn sie auf die Durchsetzung ihrer alten Forderungen verzichtete und sich außerdem unter die Vormundschaft jener Politiker und Parteien begab, welche die Aufrechterhaltung des geltenden Staatsrechtes forderten. So entstand die ungarische Koalitionsregierung und Mehrheit, in welcher die Minderheitsparteien — die hierale Volkspartei und die den Großgrundbesitz vertretende konservative Verfassungspartei — die Bürgen für das tadellose Benehmen der Unabhängigkeitspartei abgaben. Es war eine Wladregierung und Wladmehrheit mit der eigentümlichen Zusammensetzung, daß eine der Wladparteien die Mehrheit, die zwei übrigen aber das Vertrauen der Krone und die Verlässlichkeit — nach oben bezogen.

Wie es den radikalen bürgerlichen Parteien überall erging, so erging es der Unabhängigkeitspartei in Ungarn: Der Preis der Regierungsgewalt war die Preisgebung ihrer Prinzipien — wenn auch nicht eingestandenemassen, so doch tatsächlich. Als Regierungspartei bewilligte sie alles, was sie jahrzehntelang bekämpfte: Rekruten für das gemeinsame Heer, das gemeinsame Zollgebiet und dergleichen mehr. Sie, die um die ungarische Kommandosprache einen zähen Kampf führte und der deutsch-kommandierten Armee keinen Mann und keinen Pfennig bewilligen wollte, machte die größten Anstrengungen, um das Rekrutenkontingent der von ihr so ungeliebt bekämpften Armee erhöhen zu können, was ihr jedoch bisher nicht gelang. All dies vollbrachte sie in der Hoffnung, daß ihr, die so viele Proben ihrer „Verlässlichkeit“ lieferte, die ganze Regierungsgewalt übertragen würde, um so die Weitepolitik auf eigene Faust und zu eigenem Ruhm und Frommen fortzuführen zu können. Sie brauchte die Regierungsgewalt um so notwendiger, als der von ihr geübte Prinzipienverrat ihr große Massen ihrer Anhänger abspenstig zu machen drohte, und sie vor der Gefahr stand, eines Tages ihre Wähler zu verlieren, ohne die Regierungsgewalt gewonnen zu haben. Das Verhältnis der verbündeten Parteien verschlechterte sich auch von Tag zu Tag; jede wollte ihren eigenen Anhängern die besten Ämter, die fettesten Pfründen verschaffen und so ihre Position im Lande stärken.

Dazu kam noch eines und vielleicht das wichtigste: die Wahlreform mußte irgendwie in Angriff genommen werden. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlreform oblag dem aus der Verfassungspartei hervorgegangenen Minister des Innern, dem Grafen Andrássy, der mit seiner schändlichen Vorlage nicht nur dem Proletariat und den nichtmagyarischen Nationen, sondern auch der Unabhängigkeitspartei zu Leide ruden wollte.

Die Feindschaft des Grafen Andrássy gegen die Unabhängigkeitspartei entsprang verschiedenen Quellen, gesellschaftlichen Vorurteilen, dem alten Wettbewerbs zwischen der Aristokratie und der Gentry, hauptsächlich aber der im ganzen richtigen Einsicht, daß das gegen die Dynastie und Oesterreich gerichtete Programm dieser Partei den Zusammenbruch der Klassenherrschaft des grundbesitzenden Adels heraufbeschwören kann. In dem vor drei Jahren ausgetragenen Verfassungskonflikt zwischen dem ungarischen Parlament und der Krone, in dessen Verlauf die Krone auf die Forderung der ungarischen Parteien nach der ungarischen Kommandosprache mit der Verheißung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes antwortete und dadurch die feudale Rebellion zur Unterwerfung zwang, wurde nämlich die Ohnmacht des ungarischen Parlamentes vor jedermanns Augen offenbar. Greift das ungarische Massenparlament irgendeine gemeinsame Institution an, dann droht man ihm mit der Mobilisierung der geplünderten Bauern, unterdrückten Proletariat und geknechteten nichtmagyarischen Nationen. Den Drahtziehern der Wiener Politik ist zwar an der Demokratie, sogar an einer „christlichen Demokratie“, verhältnismäßig wenig gelegen; aber sie haben herausbekommen, daß man die ungarischen Herren mit nichts so sicher zu Waaren treiben kann, als wenn man sich ihnen gegenüber als die Schutzherrn der Demokratie aufspielt. Nachdem dieses Liebdügel mit der Demokratie in den vergangenen drei Jahren für die Hosspolitik so treffliche Dienste geleistet hatte, hat man sich auf diese Taktik festgelegt: Erhebt man in Budapest irgendwelche in den Kram der Reichspolitik nicht passende Forderungen, so präferiert man der ungarischen Oligarchie in Wien den fälligen und ungeliebten Wechsel des allgemeinen Wahlrechtes.

Bei dem Wenden der Unabhängigkeitspartei sind aber solche Forderungen uneinlösbar. Darum ist sie, solange sie die Mehrheit besitzt, eine stete Bedrohung der ungarischen Klassenherrschaft. Fordern nämlich nur das Proletariat und die nichtmagyarischen Nationen das Wahlrecht, so kann der Adel sie niederschlagen. Wird aber das allgemeine Wahlrecht auch noch von Wien aus gefordert, dann kann der Adel den Kampf auf zwei Fronten unmöglich führen. Nachdem der Adel weiß, daß ihm in dem Proletariat und den Nationen ein unversöhnlicher Feind erwächst, sucht er durch Falllassen der Trennungspolitik die Krone zu gewinnen.

Diesen Verteidigern der Klassenherrschaft entstand aber in einer mehr von dem Parteinteresse als vom Klasseninteresse beherrschten Gruppe der Unabhängigkeitspartei ein grimmiger Feind. Die Gruppe sah, daß die uneingeschränkte Regierungsgewalt ihr trotz allem nicht übertragen wurde. Und nun versuchte sie dasjenige, was sie durch braves Benehmen nicht erreichte, durch schlechtes zu erreichen. Sie warf sich auf die Bankfrage und erhob da Forderungen mit der Absicht, diese sich gegen die Auslieferung der Macht abhandeln zu lassen. Die dem Ministerium angehörenden Mitglieder der Unabhängigkeitspartei, Kossuth und Apponyi, und das Gros der Partei folgten dieser kleinen, aber sehr geschickt manövrierenden Gruppe nur mit Widerwillen, denn sie wußten, daß da Geistes heraufbeschworen werden können, die man dann nur schwer bannen kann. Aber die alte Trennungsideologie und die Volkstümlichkeit einer jeden sich gegen Oesterreich richtenden Bewegung zwang sie dazu. Der Bewegung gelang es, die Koalition zu sprengen, das Ministerium Weterle zu stürzen. Aber etwas anderes oder mehr als dies konnte sie nicht erreichen. Die Krone konnte keine Regierung ernennen: die ganze Regierungsgewalt wollte sie nicht der Trennungspartei überantworten, und ohne dieses Ziel erreicht zu haben, wollte die Unabhängigkeitspartei in der Bankfrage nicht abtreten. Darum griff man zu einem Verlegenheitsmittel: man setzte das demissionierte Ministerium Weterle provisorisch ein und vertagte die Austragung des ganzen Konfliktes bis auf den Herbst. Die arbeitenden Klassen in Ungarn haben dabei nur ein Interesse: mit taikräftiger

Agitation eine Lage zu schaffen, welche alle Wege der Entwertung verlegt, und nur denjenigen offen läßt, der zur Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes führt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juli 1906.

Feudale Steuerdrückeberger.

Ultramontane und konservative Blätter entkräften sich Tag für Tag darüber, daß eine Anzahl von Aktiengesellschaften vor dem 1. August noch Zinsloshinbogen herausgeben, um ihre Aktionäre auf Jahre hinaus vor der Zalonsteuer zu bewahren. Die Entrüstung wirkt jedoch recht komisch, wenn man sieht, daß die ultramontanen und konservativen Herren die Steuerdrückeberger selbst betreiben. In dem echt katholischen und zentrumsstreuen „Münsterischen Anzeiger“ befindet sich nämlich dieses Inserat:

Verkauft-Aktien.

Unsere Aktionäre werden ersucht, die in ihrem Besitze befindlichen Talons und Coupons unverzüglich bei uns einzuliefern zum Umtausch gegen neue Talons und Coupons für die Geschäftsjahre 1906 bis 1918. Mit dem 1. August d. J. tritt das Zalonsteuergesetz in Kraft. Talons, welche nicht vor dem 1. August abgehoben werden, sind stempelspflichtig, und wir sind daher genötigt, diejenigen Aktionäre, welche die Talons nicht vor dem 1. August in Empfang genommen haben, mit der Zalonsteuer zu belasten.

Münster, 28. Juli 1906.

Hotel z. König v. England.

vorm. Gerbauert (A.-G.).

Die Aktien dieser Gesellschaft befinden sich vornehmlich in den Händen konservativer und ultramontaner Mitglieder des Münsterlandes. Vorsitzender der Gesellschaft ist der Igl. Kammerherr Landrat a. D. Winkl. Geh. Rat v. Landsberg in Drensteinfurt, und zu den Aktionären gehören u. a. der Igl. Landrat und Kammerherr v. Schorlemer in Ahaus, der Igl. Kammerherr Landtagsabgeordneter Freiherr v. Zwidel in Stövern, der Igl. Kammerherr Graf Droste in Darfeld, der Igl. Landrat Graf v. Westphalen in Münster, der Igl. Kammerherr Graf Hayfeld in Venhagen bei Münster, der Kreisdeputierte Freiherr v. Kerkring-Borg in Binkerode, der Reichstagsabgeordnete Herzog v. Arenberg in Nordkirchen.

Man darf es wohl als selbstverständlich ansehen, daß die maßgebenden Parteieninstanzen schleunigt auf die feudalen Herren einwirken, damit diese ihre Zinsbogen erst nach dem 1. August erheben. Die Presse des Steuerblocks hat nach einem Schandpfahl geschrien, der errichtet werden müsse, und es wäre doch jammer schade, wenn auch feudale, hochedle Namen an diesen Schandpfahl angenagelt werden müßten.

Der russische Genet auf deutschem Boden.

Der blutige Zar ist auf seiner Reise auch nach Deutschland gekommen. Wie die gesamte Internationale, so protestiert auch die deutsche Sozialdemokratie gegen diesen Besuch des Genet seines Volkes. Den Kielser Arbeitern war die Aufgabe zugefallen, durch eine mächtige Demonstrationsversammlung diesem Protest Ausdruck zu geben und sie haben sich ihrer Aufgabe in wirkungsvoller Weise entledigt.

Die Versammlung war in den großen Saal der „Waldwiese“ einberufen. Jedoch schon um 7 Uhr, eine Stunde vor dem angelegten Beginn, war es klar, daß der Saal die Masse der Erschienenen nicht fassen könne.

Vorhitzigweise hatte man noch die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel eingeholt, und die Versammlung wurde dann auf dem Sportplatz desselben Lokales abgehalten. Wegen 10000 Menschen hatten sich eingefunden, die in atemloser Spannung, von Zeit zu Zeit in stürmische Beifallsausbrüchen ausbrechend, dem zweistündigen Referat der Genossen Liebknecht lauschten. Der Referent brandmarkte das abhässliche russische Regime, für das der Zar als Repräsentant der russischen Regierung verantwortlich sei. Er geißelte die deutsche, besonders die preussische Liebedienerei gegen Rußland, die Leute wie Agew, Harting usw. Gaffreundtschaft erwies, die Festen Rußlands, die ihr Leben mit dem Streben für das Glück des russischen Volkes ausfüllen, aber von Ort zu Ort heßt und den russischen Schergen ausliefert. „Kampf gegen den preussischen Absolutismus, der in der russischen Reaktion seine Stütze findet, und nieder mit dem Jarrismus!“ schloß der Redner unter stürmischem Beifall sein Referat.

Die Versammlung faßte einstimmig eine Resolution, in der sie erklärte:

Der Besuch des russischen Zaren ist eine Angelegenheit, welche alle gestitteten Menschen Europas angeht, und mit dem tiefsten Abscheu abgelehnt werden muß. Nikolaus ist nicht nur der Vertreter eines Systems, das 800 000 Menschen in engen Schmutzkerker verkommen läßt, unschuldig Tausende in grauenhafter Weise hängepfert, der zweimal einen niederträchtigen Staatsstreich gemacht hat. Er hat durch Duldung und Förderung des niederträchtigen Lockspielsystems in einem schon vorher rechtlosen Lande einen Rußland geschaffen, in dem nur die Willkür diktiert. Er bedt mit seiner Person alle diese Schandtat und ist auch als Person verantwortlich für die Barbarei und Korruption in Rußland, vor allem für die rechtswidrige Polizeivillkür, mit der Europa, besonders Deutschland, beständig von Osten her angefaßt wird.

Aus Hensburg wird uns telephonisch berichtet:

Die Vertrauensleute des sozialdemokratischen Vereins Hietzen am Dienstagabend eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, folgendes Telegramm an die Protestversammlung in der „Waldwiese“ in Kiel zu senden:

Die heute abend versammelten Vertreter der sozialdemokratischen Partei Hensburgs schließen sich dem Protest der Kieler Genossen gegen die Anwesenheit des „Wärberzaren“ in unserem Vaterlande an und erheben ebenfalls den Ruf: Nieder mit dem Zarranen!

Die Veröffentlichung des Telegramms wurde von der Telegraphenverwaltung wegen des Inhalts abgelehnt. Die Telegraphenverwaltung in Hensburg will also ihre schützende Hand über Jar Nikolaus II. halten. Sie wird die Verachtung nicht verringern können, die alle gestitteten und freiwillig gestimmten Deutschen über den Zaren und seine Anwesenheit in Deutschland empfinden.

Wenn der Zar reist.

Kußer Patrouillen Wandschreder und Schledwiger Husaren, die den Zaren auf seiner Fahrt durch den Kanal begleiten, sind zwei vollständige Infanterieregimenter zum Schutze des geheiligten Lebens des Zaren in Anspruch genommen worden. Das Infanterieregiment Nr. 84 aus Schleswig ist Montagmorgen, das Infanterieregiment Nr. 103 aus Neumünster Mittwochmorgen nach dem Kanal abgerückt. Alle 800 Meter stehen drei Mann Posten, ein Mann patrouilliert dazwischen. Alle Zugangsstraßen zum Kanal werden mit Unteroffizierposten resp. Doppelposten besetzt, die Hochbrücken von Offiziersposten. Sämtliche im Kanal

Regenden Schiffe werden mit Militär Besatz. Auf ebener Fläche dürfen Zuschauer nur auf 10 Meter, im hügeligen und bewaldeten Gelände nur 50 Meter an den Kanal hinauskommen. Der Ebern- felder Hafen ist während der Umweilheit des Haren auf Gut Emmelmar für den gesamten Ruder- und Segelbootsverkehr voll- ständig gesperrt. Torpedoboote sorgen für Aufrecht- erhaltung dieser Maßregel. Auf dem Gute selbst wimmelt es von russischen und deutschen Geheimpolizisten.

Neue Enthüllungen über die Spiegel-Gzellenz.

Wie ein Mitarbeiter des Oktoberblattes „Golos Moskwy“ mittelst, ist Wurzow im Besitz der Abschrift eines Briefes, den Harting kurz nach der Entlarbung Kzew's an einen Freund in Berlin geschrieben hat. In diesem Brief schreibt er u. a., daß er, wenn „das Gewitter vorüberziehen würde“, seinen Abschied einreichen werde, und bitterden Berliner Freund, den bekannten Oberstleutnant Katschkowsky darauf vorzubereiten. Weiter ist in diesem Brief ein Passus ent- halten, aus welchem hervorgeht, daß Harting von Paris aus die Tätigkeit seiner Berliner Kollegen, die dieselben Funktionen wie er ausübten, leitete und überwachte. Er macht nämlich seinem Berliner „Freunde“ Vorwürfe, daß dieser die Unversehrtheit zweier politischer Flüchtlinge in Berlin, die von der russischen Regierung gesucht wurden, verschlafen habe. Er habe von Kzew erfahren, daß sich die betreffenden Flücht- linge einige Tage in Berlin aufgehalten hätten.

Wie werden es die russischen und deutschen Geheimpolizisten bedauern haben, daß ihnen die schöne Gelegenheit entgangen war, noch einige „lästige Ausländer“ auszuliefern.

Das Zentrum und die Schaumweinsteuer.

Die liberalen Blätter prahlen damit, daß die Zentrumsfraktion im Reichstage für die Zollerhöhung auf ausländischen Champagner und die Steuererhöhung auf inländischen Champagner gestimmt hat; denn dadurch habe das Zentrum belübt, daß nicht nur der Er- zeuger mit neuen Verbrauchssteuern belastet werden dürfe, sondern auch der Reiche zum Steuerzahlen herangezogen werden müsse. Die ganze Schwärze zeigt von echt jesuitischem Geiste. Denn nach der vom Schnapsblock selbst vorgenommenen Schätzung bringt die Erhöhung der Schaumweinsteuer jährlich dem Deutschen Reich nur ungefähr fünf Millionen Mark ein, während die breite Volksmasse durch die Erhöhung der Tabak-, Bier- und Branntweinsteuern, die Erhöhung des Kaffeegeldes, die Einführung der Schwefelholzsteuer usw. um fast das Siebzig- fache belastet wird. Zudem aber war vorzusehen, daß die Erhöhung des Zolls auf französischen Champagner um 60 Mark pro Doppelzentner sich kaum werden durchfühnen lassen, da Frankreich dann auch den Zoll auf deutsche Biere erhöhen würde. Es wurde deshalb denn auch von dem Schnapsblock selbst dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt, den Schaumwein Zoll, wenn sich dies als nötig erweisen sollte, wieder herabzusetzen.

Diese Notwendigkeit ist nun bereits eingetreten, ehe noch die höheren Zölle überhaupt in Kraft gesetzt werden konnten. Die Franzosen haben nämlich den Vohlott der deutschen Biere angedroht und allem Anschein nach wäre dieser Vohlott auch noch auf andere Waren deutscher Herkunft ausgedehnt worden. Das hat den Bundesrat veranlaßt, den Zoll auf Schaumwein von 180 M. per 100 Liter auf 130 M. herabzusetzen. Der selbsterge Zollsatz betrug 120 M., so daß die ganze Erhöhung 10 M. beträgt, das macht pro Flasche 20 Pf. — Auch die Zölle auf Cognac und Liköre mühten ermäßigt werden.

Den Schaden hat die mit höheren Steuern belastete deutsche Schaumwein- und Spirituosen-Industrie, denn natürlich wird da- durch den französischen Schaumweinfabriken die Konkurrenz mit den deutschen wesentlich erleichtert.

Selbstverständlich wird die Erhöhung des Zolls und der Steuer auf Schaumwein nun dem Reich auch nicht die erhofften 5 Millionen Mark einbringen, sondern beträchtlich weniger, so daß diese Steuer gegenüber der den unbedeutenden Schichten aufgebürdeten Riesel- last gar nicht mehr in Betracht kommt.

Das neue Zentrum.

Die „Germania“ fühlt sich durch die beiden Leitartikel „Das neue Zentrum“ in der Sonntag- und Dienstag- nummer des „Vorwärts“ unangenehm berührt, denn sie widmet der „Widerlegung“ eine lange Auseinandersetzung. Allerdings ist diese Widerlegung etwas sonderbarer Art; denn auf die Erörterung der von uns angeführten Tatsachen läßt sich das Blatt gar nicht ein; es versichert nur, daß das Zentrum niemals, auch zur Zeit des Kulturkampfes nicht, eine Politik der Kur-Opposition und Verärgerung getrieben, sondern stets sachlich mitgearbeitet habe, daß, wenn die Zentrums- fraktion des Reichstages zurzeit mehr Angehörige des hohen Adels in ihrer Mitte habe als jemals früher, so doch auch andererseits mehr Arbeiter, Arbeiterführer und Handwerker Zentrumsmandate erlangt hätten, daß sowohl Rom als der deutsche Episkopat dem Zentrum völlig freie Hand liehen und lediglich zwischen den Bischöfen und manchen Zentrums- abgeordneten herzliche Freundschaftsverhältnisse beständen.

Alles altbekannte Redensarten, deren Erörterung sich um so weniger lohnt, als der am Rhein neu ausgebrochene Kampf zwischen der „Köln. Volksztg.“ und den Teilnehmern der Osterdienstagversammlung unter Führung der Zentrums- abgeordneten Bitter und Roeren die Ausführungen unserer beiden Leitartikel in jeder Hinsicht bestätigt. Worum handelt es sich in dem Streit? Wie die „Köln. Volksztg.“ selbst sagt, darum, in der Politik des Zentrums die katholische Welt- anschauung schärfer zum Ausdruck zu bringen und das Zentrum zu einer rein konfessionellen, spezifisch katholischen Politik treibenden Partei zu gestalten. Was heißt das aber anders, als die Zentrumsparlei noch mehr als bisher unter die Auf- sicht des Episkopats zu stellen, denn über die Fragen der katholischen Weltanschauung und der Kirchenpolitik entscheidet ausschließlich der hohe Klerus, nicht das Laienlement.

Tatsächlich handelt es sich bei den Bestrebungen der Teil- nehmer an der Osterdienstagversammlung lediglich darum, den Einfluß des Klerus auf die Zentrumspolitik noch mehr auszudehnen als bisher und zugleich jene Elemente, die sich nicht auf streng konfessionellen Boden stellen — zu verstehen sind darunter vornehmlich die christlichen Gewerkschaften — auszuschalten. Mag auch heute noch die „Germania“ es im Parteinteresse für nützlich halten, diese Bestrebungen wider- eigenen besseres Wissen zu leugnen, so werden doch vielleicht schon bald die Tatsachen die Richtigkeit unserer Auffassung beweisen.

Nationalliberales Liebeswerben.

Herr Wallermann ist im Wahlkreis Neustadt-Landau erschienen, in dem Freitag die Stichwahl stattfindet, um die Leute vom Bunde der Landwirte zu bewegen, Mann für Mann dem Nationalliberalen ihre Stimme zu geben. Als das einigende Moment zwischen Wählern und Nationalliberalen bezeichnet es die scharfe Bekämpfung der

Sozialdemokratie. Daß die Wähler diesen Lockungen folgen, ist sicher, denn auch umgekehrt würden die Nationalliberalen ohne Zweifel für einen Umsturz eintreten, wenn sie dadurch einen Sieg der Sozialdemokratie verhindern können. So scharf auch der Miß- ist, der momentan Konservative und Nationalliberale trennt, sobald es gegen die Sozialdemokratie geht, sind sie einig. Damit erweisen sich aber auch die Phantasien einiger liberaler Geschäftsleute von dem kommenden Block der Linken als völlig verfehlt.

Verbot der Ueberarbeit in Zigarrenfabriken.

Die Besitzer von Zigarrenfabriken lassen jetzt Tag und Nacht arbeiten, um noch so viele Zigarren als nur möglich auf den Markt zu bringen, ehe die Tabaksteuer in Kraft tritt. Die Folge muß natürlich sein, daß mit diesem Termin sofort eine große Arbeits- losigkeit eintritt, denn die Lager sind gefüllt, die Konsumenten haben sich mit teils erheblichen Mengen versorgt und außerdem geht der Konsum zurück.

Die badische Regierung hat nun die Ueberarbeit in Zigarren- fabriken verboten, soweit diese Ueberarbeit mit der Tabaksteuer zusammenhängt. Für das Verbot dürften rein fiskalische Gründe bestimmend gewesen sein.

Die Scharfmacher im Hansabund.

Das Direktorium des Hansabundes ist gewählt, und wir be- gegnen in der langen Liste der Vorstandsmitglieder so manchem Namen, der in Scharfmachertreuen einen guten Klang hat. Wir nennen nur: Landrat a. D. Koetger in Essen, Valin-Hamburg, Hilger, Geh. Bergrat in Königsbrunn, Kirdori-Gelsenkirchen, Kiepel- Nürnberg, Köhling-Saarbrücken und Vogel-Chemnitz, bestens bekannt aus den Kämpfen in Crimmitschau.

Diese Herren werden schon dafür sorgen, daß der Hansabund in das richtige Fahrwasser kommt.

Ein Ungeheuer!

Das Oberkriegsgericht in Dresden verurteilte den im 11. Dienstjahre stehenden Witzfeldwebel Schwarz vom 177. Infanterie-Regiment in Freiberg wegen Sittlichkeits- verbrechen in Lateinzeit mit Körperverletzung und Be- leidigung zu 5 Jahren 2 Wochen Zuchthaus, Degra- dation, Ausstoßung aus dem Heere und 5 Jahre Ehrenrechtsber- lust. Der Angeklagte hatte sich an zwei ersten und neun Jahre alten Mädchen eines Arbeiters vergangen und das jüngere außerdem noch mit einer ekelhaften Krankheit an- gesteckt. Das Kriegsgericht hatte auf 8 Jahre 6 Monate erkannt. Die höhere Strafe wurde auf Berufung des Gerichtsherrn aus- gesprochen. Der Angeklagte ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Eine neue deutsche Kaiserjacht.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, wird der kommende Marine-Etat auch die Forderung für den Neubau einer kaiserlichen Dampfschiffbrücke, weil die „Hohen- zollern“ den Anforderungen nicht mehr entsprechen, die an ein modernes Schiff gestellt werden müssen. Die Jacht, die nach den eigenen Angaben und Wünschen des Kaisers erbaut werden soll, wird ungefähr 8 Millionen Mark kosten. Das Modell soll bereits auf der kaiserlichen Werft fertiggestellt sein.

Der Neubau einer Jacht für Wilhelm II. ist selbstverständlich das dringendste Erfordernis des Tages. Das Reich hat so viel Geld, daß es nicht weiß, wohin damit.

Türkei.

Die griechische Flagge auf Areta.

Conca, 28. Juli. (Wiedung des Reuterschen Bureau.) Die griechische Flagge, die gestern auf der Festung geweht hatte, ist heute durch eine andere Flagge, die ein weißes Kreuz auf blauem Grunde zeigt, ersetzt worden. Die griechische Kriegs- flagge zeigt zwar dasselbe Muster, hat aber in der Mitte des Kreuzes noch eine Krone.

Ministerwechsel.

Konstantinopel, 28. Juli. Der Minister des Aeußern Rifaat Pascha hat seine Demission gegeben.

Konstantinopel, 28. Juli. Die türkische Presse ist wegen der Wiedung von der Hissung der griechischen Flagge auf der Festung in Conca in Unruhe versetzt. Der Großwesir erklärte in einem Interdikt mit dem Herausgeber der „Sabah“, dies könne keineswegs die türkischen Rechte schädigen, und auch Griechenland sei dafür nicht verantwortlich. Die Türkei werde ihre Rechte verteidigen. Wenn die Aretre auf die Schutzmächte nicht hören, werde die Türkei das Nötige tun.

Venezuela.

Ein deutscher „Revolutionär“.

Caracas, 27. Juli. Der deutsche Untertan Theodor Hauer und sein Anwalt Vopacen sind gestern in Maracaibo verhaftet worden. Hauer verurteilt als Castro's Vertreter angeblich venezola- nische Aktien derselben zu verkaufen, organisierte aber in Wirklichkeit eine Revolution zugunsten Castros, was Korrespondenzen und ein Geheimcode, die bei ihm gefunden und beschlag- nahmt wurden, beweisen. Es werden wichtige Verhaftungen erwartet. Castros Anhänger im Kongreß sind deuntüchtigt.

Das Gabelfrühstück beim Monarchen.

Unser Stuttgarter Korrespondent schreibt uns:

Die beiden Kammern des württembergischen Landtages haben am Donnerstag vergangener Woche den üblichen Sommerausflug gemacht, diesmal an den Bodensee. Von den 92 Abgeordneten der Zweiten Kammer beteiligten sich etwa 80 an der Fahrt, 35 Mit- glieder der Ersten Kammer waren mit von der Partie, die sechs Staatsminister nicht zu vergessen. Im Programm war neben der Besichtigung der Reppelin-Luftschiffbauanstalt auch der Besuch des königlichen Schlossgartens in Friedrichshafen vorgesehen.

Bei der Ankunft in Friedrichshafen selbstverständlich Rede des Herrn Bürgermeisters, Ehrenjungfrauen, Delegation, Blumen usw. Graf Reppelin geleitete die Herren sodann zur Luftschiffbauanlage. Darauf ging's zum Schlossgarten. Der König von Württemberg, Wilhelm II., begrüßte die Teilnehmer des Ausflugs sehr herzlich. Von den sieben sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich an der Fahrt beteiligt haben, zog der König die Genossen Hildbrand, Tauscher, Heymann und Dr. Lindemann ins Gespräch. Den Aus- flugern wurde ein Gabelfrühstück angeboten. Die Weingärtner- Regimentskapelle konzertierte im Garten. Nach etwa einundzwanzig Aufenthalt wurde Abschied genommen. Der Präsident der Ersten Kammer, Graf v. Recheberg, hielt eine Dankrede für die freund- liche Aufnahme. Die Rede schloß mit einem Hoch auf den König.

Minister und Ständemitglieder fuhrten sodann vom Schlosshofen aus mit einem Salondampfer zur Reichsbahnhalle. Hier wurde „S. II.“ beschäftigt. Dann ging die Fahrt weiter nach Konstanz. Im Hotel wurde zu Mittag gezeitt. Die beiden Präsidenten der Kammern hatten vereinbart, daß beim Mahle Reden nicht gehalten werden sollten. Der badische Minister v. Bodmann war von dieser Abmachung wohl nicht unterrichtet. Er begrüßte die Minister und Ständemitglieder auf badischem Boden. Seine Rede klang aus

in ein Hoch auf den König von Württemberg. Nun mußte der württembergische Ministerpräsident v. Weizsäcker auch reden. Er ließ zum Schluß den Großherzog von Baden leben.

Das die Historie, die sich letzter Tage auf schwäbischem Boden zugetragen hat. Die Teilnahme der sieben sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an dem Ausfluge wird unter den Partei- genossen Württembergs lebhaft erörtert. Daß die bürgerliche Presse den Vorgang mit häßlichen Glossen kommentiert, ist selbstverständlich.

Durch welche Gründe die sieben Genossen veranlaßt worden sind, die Fahrt mitzumachen, ist noch nicht bekannt. Sie haben noch keine Gelegenheit gehabt, sich öffentlich darüber zu äußern. Dringend zu wünschen ist, daß aus der Erörterung, die nicht mehr zu ver- meiden ist, alles Persönliche ausgeschlossen wird. Denn die Ge- legenheit erfordert eine sachliche Behandlung. Haben sich nun die sozialdemokratischen Teilnehmer an der Fahrt auch noch nicht über ihre Motive geäußert, so hält es doch nicht schwer, ihre Beweggründe zu erraten. Es werden etwa die folgenden sein:

König Wilhelm II. von Württemberg ist ein persönlich sehr anständiger und liebenswürdiger Mensch, frei von jedem Mäkel, als Mann geachtet von den Mitgliedern aller Parteien. Majestäts- beleidigungen sind in Württemberg unbekannt. Als Monarch hält er sich streng an die Verfassung. Niemals hat er sich der Erweite- rung der Volksrechte widersetzt, im Gegenteil bei der Verfassungsre- form seinen großen Einfluß eingesetzt, um das Werk zustande zu bringen. Die Nichtbeteiligung der sozialdemokratischen Landtags- fraktion an dem Besuch hätte der Monarch als persönliche Kränkung empfunden müssen. Ihm diese Kränkung zuzufügen, lag nicht der geringste Anlaß vor. Das Volk hätte nicht verstanden, warum die sozialdemokratische Fraktion jenem Höflichkeitssakte auswich.

Das der eine Grund: Ein zweiter ist wohl der: die parlamentarische Tätigkeit zwingt zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien. Allein ist die sozialdemokratische Fraktion zu schwach, ihren Willen zur Geltung zu bringen und den gewollten Einfluß auf Gesetzgebung und Ver- waltung auszuüben. Will man, daß die Fraktion durch ihre Mit- arbeit im Parlament herausholt, was irgendwie zu holen ist, so darf man sich an solem Behauptung wie gemeinsame Ausflüge usw. nicht stoßen. Auch sie sind Mittel zu dem Zweck, den Einfluß der Sozialdemokratie zu stärken und neue Erfolge vorzubereiten. Entweder man hängt das „Parlamenten“ überhaup an den Nagel, oder man schließt mit dem Angenehmen auch das Unangenehme, wenn es sein muß, sogar ein Gabelfrühstück mit Königshoch.

Das etwa werden die Gründe sein, die wir von den sieben Genossen der Fahrt demnächst zu hören bekommen werden. Selbst- verständlich können noch eine ganze Reihe sonstiger Beweggründe für die Fahrt ins Treffen geführt werden. Sie alle ausfindig zu machen, ist nicht unsere Aufgabe. Nur die beiden hauptsächlichsten Momente — unserer Kenntnis nach — haben wir skizziert.

Daß König Wilhelm II. von Württemberg ein persönlich hoch- achtbarer Mann ist, der sein Amt unparteiisch und streng rechtlich zu führen sucht, wird von niemand bestritten. Die Person zu kränken, liegt jedem fern. Hier handelt es sich aber nicht um die Person, sondern um die Institution. Als Vertreter und Wortführer der Demokratie müssen wir die Monarchie bekämpfen, ganz gleich- gültig, wer zufällig das Szepter trägt. Darum hat sich der Sozial- demokrat, wenn nur irgend möglich, von Veranstaltungen fern- zuhalten, die mit Subsidigungen für Monarch und Monarchie verknüpft sind. Das hätte auch der Gegner verstanden. Auch Wilhelm II. von Württemberg. Daß es der Sozialdemokratie fern liegt, gegen ihn persönlich zu demonstrieren, weiß Wilhelm II. so gut wie jeder andere auch. Dem verlogenen Gesähe der bürgerlichen Presse hätte man leicht trogen können und ein neuer Zwiespalt unter den Partei- genossen selbst wäre vermieden worden.

Weiter scheint eine, unserer Erachtens, total falsche Auffassung vom Parlamentarismus als Kampfmittel der Sozialdemokratie gegen den Klassenstaat unsere Genossen bewegt zu haben, so zu handeln, wie sie gehandelt haben. Einig sind wohl alle Genossen darin, daß das Parlament uns nicht nur der Ort ist, aufzuklären und begeistern zu lassen, sondern auch zu halten, sondern daß auch an praktischen Resultaten erzielt werden soll, was möglich ist. Aber über die Taktik, die von unseren Parla- mentariern eingehalten ist, herrschen grundverschiedene Auffassungen, die ihren Ursprung haben in einer grundtätlich verschiedenen Auf- fassung vom heutigen Staat und vom Parlamentarismus. Gewiß ist Württemberg nicht zu vergleichen mit dem Polizeistaat Preußen. Der Württemberger hat zum Beispiel ein besseres Landtags- wahlrecht als der Reichsdeutsche zum Reichstag. Der Einfluß des Adels ist trotz der Ersten Kammer längst nicht so groß als in Preußen. Das hat seine Gründe in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der historischen Entwicklung des Landes. Aber trotzdem und allem ist auch der Bundesstaat Württemberg nur ein Teil der staatlichen Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen. Der kapitalistische Klassenstaat drückt auch dem württembergischen Parlament seinen Stempel auf. So groß und schätzenswert die praktischen Erfolge im Parlament den Parla- mentariern selbst erscheinen mögen, gegen das Lebens- und Herrschaftsinteresse der bestehenden Klassen wird die bürgerliche Wech- sel des Parlaments vom Konservativen bis zum Volksparteiler nie verfluchen, es sei denn, daß sie gezwungen wird. Wir schätzen die gesellschaftlichen Talente unserer Parlamentarier, die Ueber- redungskunst unserer Abgeordneten hoch ein. Aber die lieb- lichste Veredelsamkeit wird wirkungslos bleiben da, wo ein wichtiges Interesse der bestehenden Klassen in Frage steht.

Wichtiger, weit wichtiger als die durch solche Mittel erzielten parlamentarischen Erfolge ist, daß die Massen nicht irre werden in der Wertung des Klassenstaates. Und sie werden irre, wenn sie sehen, daß unsere Vertreter im Parlament, statt den Klassenstaat unerbittlich zu bekämpfen, sich anzuschmiegen und anzupassen suchen. Sichtlich in der festen Ueberzeugung, so dem Proletariat mehr zu nützen als durch störrisches Festhalten an der entschiedensten Opposition gegen alle Institutionen, die wir programmgemäß zu bekämpfen haben.

Es muß offen anerkannt werden, daß unsere Genossen der Meinung sein konnten, wichtige Vorteile — so z. B. bei der württembergischen Steuerreform, auf deutsch: Steuererhöhung — könnten den minderbemittelten Klassen verloren gehen, wenn sie die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Einladung zur Teilnahme am Ausfluge verstimmen. Und schreit allerdings diese Befürchtung nicht sich selbst zu sein. Denn schließlich bestimmt nicht das mehr oder minder angenehme Verhalten unserer Parlamentarier die Taktik unserer Gegner, sondern das Interesse der bestehenden Klassen und die Furcht vor dem aufgestellten, organisierten und kampferprobten Proletariat. Wobin die Opportunitätspolitik führt, lehrt uns ja das Schicksal der bürgerlichen Demokratie. Und gerade jetzt, da bei der Reichsfinanzreform sich alle bürgerlichen Parteien auf das schärfste gegen das Wohl der arbeitenden Klassen vergangen haben, da in den Massen die Empörung über die holländerräterische Politik der Reichs- regierung, des Bundesrats mit Einfluß Württembergs sowie sämtlicher bürgerlichen Parteien wächst und wächst, da die sozial- demokratische Partei zum schärfsten Kampfe rüstet, gerade jetzt mußte alles vermieden werden, was die Massen wankend machen kann in ihrer Ueberzeugung von der grundsätzlichen unerbittlichen Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen die kapitalistische Herrschaft. Gerade jetzt, da uns Einigkeit und Geschlossenheit not tut wie kaum jemals zuvor, hätten unsere Genossen im württembergischen Landtag alles ver- meiden müssen, was den alten Streit neu entflammen muß. Keinem Parteigenossen wäre es eingefallen, den Parlamentariern einen Vor- wurf zu machen, wenn sie sich an der Fahrt nicht beteiligt hätten. Nun aber ist der Zwist neu geweckt. Unsere Vertreter im württem- bergischen Landtag haben die Parteigenossenschaft und die Partei- presse gezwungen, sich mit der Angelegenheit von neuem zu be- schäftigen und Stellung zu nehmen. Wir wünschen, daß die un- vermeidlich gewordenen Auseinandersetzungen mit peinlicher Sachlichkeit geführt wird, daß aber das Resultat auch den letzten Zweifel über den Willen der Parteigenossenschaft beseitigt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Staker

Es geht im allgemeinen als beendet zu betrachten. Es haben nun bereits mehr als 40 Firmen die Forderungen unterschrieben bewilligt, und zwar die leistungsfähigsten und kapitalstärksten. Es kann sich jetzt nur noch um eine Nachlese handeln, um einen Kleinriegel, durch den auch die wenigen noch übrigen kleineren Arbeitgeber des Berufs zu dem Tarifvertrag herangezogen werden. Die wichtigste Aufgabe der Staker ist aber — wie Naal am Montag in der außerordentlichen Mitgliederversammlung betonte — dafür zu sorgen, daß der Tarifvertrag nun auch überall unverfälscht innegehalten wird. Sollten irgendwo Verstöße vorkommen, so hat sich keiner damit zufrieden zu geben, und wenn der persönliche Einspruch dagegen erfolglos bleibt, sofort die Organisation in Kenntnis zu setzen. Ferner ist überall darauf fortzuwirken zu achten, daß kein Staker ohne Berechtigungsstarke arbeitet. Der Redner machte noch darauf aufmerksam, daß es für die Staker wie für alle anderen Arbeiter notwendig ist, eifrig die Arbeiterpresse zu lesen, um jederzeit den Kämpfen gewachsen zu sein, die auch in Zukunft nicht ausbleiben werden. — Einstimmig wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Versammelten nehmen Kenntnis vom Stande der Lohnbewegung und sind davon überzeugt, daß sie am Schlusse der Bewegung angelangt sind. Jedoch haben alle Kollegen, die noch nicht zu den neuen Bedingungen arbeiten, ihren Unternehmern die Verträge vorzulegen. Wo sie nicht unterschrieben werden, ist sofort die Arbeit einzustellen. Alle Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, haben sich in den Besitz der Berechtigungsstarke zu setzen.“

In der Zeit vom 12. bis 24. Juli haben noch folgende Firmen bewilligt: Repe, Stolinski, Verla, Schäfer, Kolzing, Wuische, Widnaus-Friedenau, Warsch-Charlottenburg, Rawig-Spandau, Lorenz-Rixdorf und Weier-Altenide.

Als gesperrt gelten die Firmen: Abuschet, Bauten: Friedenau, Stierstraße und Erzgerstraße. — Weimann, Bauten: Michaelstraße und Steglitz, Bergstraße. — Schneider in Steglitz. — Wolter in Zehlendorf, Bauten: Hauptstraße 1, Sigilien- und Riemerstraße-Ecke, Essen, und Lindenallee-Ecke, Wahnower Chaussee Seemannshaus, Erlengweg und Winterfeldstraße. — Walter in Rixdorf, Bauten: Kneisebed- und Seemannstraße-Ecke, Rixstraße, Tempelhof, Kaiser Friedrichstraße 4. — Wolf in Wilmerdorf, Bauten: Gräbstraße in Treptow, Bregenzstraße in Wilmerdorf, Suarez- und Pestalozzistraße-Ecke in Charlottenburg, Raumer- und Senefelder Straßen-Ecke, Danziger und Prenzlauer Straßen-Ecke, sowie Riataufstraße (Wedding) in Berlin.

Mäßregelung bei der „Victoria“.

Die bekannte Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hat den seit fünf Jahren im Betriebe fungierenden Vertrauensmann der „Einkassierer“ auf das Straßengäßchen geworfen.

Vor geraumer Zeit begründete die Gesellschaft Entlassungen in der Regel mit der ungenügenden Aquisition. Diesmal konnte man diesen Entlassungsgrund nicht anwenden, da der betreffende Einkassierer einer der tüchtigsten Arbeiter war. Folgendes Schreiben bewies das:

Herrn

Hierdurch bestätigen wir Ihnen den Empfang Ihrer Tätigkeitsberichte Nr. 39 und 40. Ihre Resultate sind erfreulich, bleiben Sie so bei.

Am 18. Juni 1909 bekam der betreffende Kollege allerdings eine anderslautende Mitteilung:

Hierdurch bestätigen wir Ihnen den Empfang Ihrer Tätigkeitsberichte Nr. 21—23. So geringe Resultate, wie in diesen drei Wochen, sind wir von Ihnen nicht gewohnt; hoffentlich holen Sie alles wieder nach. Streben Sie auch nach Erfolgen in der Lebensversicherungsbranche. Die Direktion. Gerstenberg.

Welche Wochen hat nun hier die Direktion ausgesucht? Woche Nr. 1: die Wochen vor den Pfingstfeiertagen, wo kein Mensch mehr Geschäfte abschließt. Woche Nr. 2: in dieser Woche hatte der Kollege Urlaub, war gar nicht in Berlin anwesend, konnte also keine Versicherungen abschließen, oder steht die Direktion auf einen anderen Standpunkt, daß der Einkassierer den spärlichen Urlaub auch zum Acquirieren (Versicherungen abschließen) benützen soll. Woche Nr. 3: in der dritten Woche hat der Kollege bereits wieder 8 Versicherungen abgeschlossen. Ja, es lebt sich herrlich an den Fleischtöpfen der „Victoria“, nur der Appetit geht dabei verloren.

Am 26. Juni 1909, also 10 Tage nach der unzufriedenen Mitteilung erhält der Kollege die Kündigung folgenden Wortlauts:

Herrn Einnehmer

Hierdurch kündigen wir Ihnen das bestehende Vertragsverhältnis zum 31. Juli und suspendieren Sie, unter Zahlung des Gehalts bis zum 31. Juli 1909, sofort vom Dienst. Den Empfang dieses Schreibens bitten wir uns gefälligst zu bestätigen.

Hochachtungsvoll

„Victoria“, Versicherungsgesellschaft. Gerstenberg.

Also, nach fünfjähriger zufriedenstellender Tätigkeit auf das Straßengäßchen geworfen. So sieht die beim Engagement versprochene Lebensstellung aus.

Wir sind aber in der Lage, den Grund der Entlassung genau angeben zu können.

Die unermüdete und aufopfernde Tätigkeit für den Transportarbeiterverband war es, welche den Herren Direktoren schon lange im Magen lag, nur konnte man gerade an diesen Kollegen nicht heran, weil er in jeder Beziehung seine volle Pflicht und Schuldigkeit auch für die „Victoria“ getan hat.

Eine Verhandlung mit der Organisation lehnte die Direktion ohne weiteres ab.

Die organisierten Einnehmer der „Victoria“ sind im Besitze einer braunen Kontrollkarte, welche monatlich abgestempelt sein muß. Nur mit diesen schließt man neue Geschäfte ab.

Auch warnen wir die Arbeiter, ohne vorherige Erlaubigung bei der „Victoria“ Stellung anzunehmen. Die Genossen H. Ludow, Berlin N. 87, Fehrbelliner Straße 3 und Fred. Breitenborn, Köpenick, Gutenbergstraße 21, geben bereitwillig Auskunft. Die Parteipresse ersuchen wir um Abdruck dieser Zeilen.

Die Agitationskommission der Einkassierer und Kassenboten.
H. A.: Friedrich Ludow, Berlin N., Fehrbelliner Str. 3.

Die Parlarbeiter der Stadt Berlin stellten am Montag eine Versammlung ab, wo der Referent Pole nle unter anderem darauf hinwies, daß die Parlarbeiter der Stadt Berlin in Lohn und in der Arbeitszeit schlechter gestellt sind, wie die Arbeiter in allen übrigen städtischen Betrieben. Während in diesen den Handverlern ein Mindestlohn von 4,50 M. gezahlt wird, erhalten die bei der Parkverwaltung beschäftigten gelehrten Gärtner einen Tagelohn von nur 4 M. Der Anfangslohn der ungelerten Kollarbeiter beträgt 3,75 M., der Saisonarbeiter 3,50 M., der Invaliden 3 M., der Arbeiterinnen 2 bis 2,25 M. Wie der Referent an der Hand von Zahlen nachwies, erhalten nicht nur die Gärtner, sondern auch alle anderen Parlarbeiter in den Vorortgemeinden Lichtenberg, Schöneberg, Rixdorf und Charlottenburg höhere Löhne wie die Gärtner und Parlarbeiter der Stadt Berlin. In den Vororten sind nicht nur die Anfangslöhne höher wie in Berlin, sondern auch die Steigerung nach dem Dienstalter erfolgt in kürzerer Zeit. Während in allen städtischen Betrieben Berlins die neunstündige Arbeitszeit allgemein

meine durchgeführt ist, müssen die bei der Parkverwaltung beschäftigten Arbeiter 10 Stunden arbeiten. — Schon im vorigen Jahre haben die Parlarbeiter an die Verwaltung die Forderung gestellt, daß ihnen ein Mindestlohn von 24 M. wöchentlich und der neunstündige Arbeitstag gewährt werde. Diese Forderung ist in der Hauptsache abgelehnt worden. Nur ein kleiner Teil der in Frage kommenden Arbeiter hat eine Zulage von 25 Pf. täglich bekommen. Da es unmöglich ist, mit den Löhnen, welche die Parlarbeiter erhalten, auszukommen, so beschloß die Versammlung, die im vorigen Jahre an die Verwaltung gestellten Anträge zu wiederholen. Auch wird noch gefordert, den Arbeitern nach einjähriger Beschäftigung eine Woche Ferien zu gewähren. — Die Arbeiter erwarten, daß der Magistrat sich den berechtigten Forderungen nicht verschließen wird, denn, was die Vorortgemeinden ihren Parlarbeitern gewähren, das muß doch die Stadt Berlin auch bewilligen können.

Weiter wurde in der Versammlung lebhaft darüber geklagt, daß die Parkverwaltung in den letzten Tagen 28 Arbeiter entlassen hat. Mangel an Arbeit ist nicht die Ursache der Entlassungen, denn Arbeit ist an verschiedenen Stellen genug vorhanden, aber die verfügbaren Mittel gehen zu Ende. Deshalb werden Arbeiter entlassen und die Arbeiten bleiben unvollendet liegen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß bei umsichtiger Verwaltung die Entlassungen wohl vermieden werden könnten. Sollten in einem Revier Arbeiter entbehrlich werden, so könnten sie in einem anderen Revier oder im Schillerpark beschäftigt werden. Das geschieht aber nicht, weil die Leitung eines jeden Reviers bei den Entlassungen vollkommen selbständig vorgeht, ohne sich um die Lage in anderen Revieren zu kümmern. — Zur Angelegenheit der Entlassungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die im „Englischen Garten“ zahlreich versammelten Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Parkverwaltung bedauern auf das lebhafteste die in einzelnen Revieren erfolgten Arbeiterentlassungen.“

Die Versammelten appellieren an das soziale Empfinden der städtischen Körperschaften, angesichts der noch immer währenden wirtschaftlichen Krise und der durch die neue Steuer- und Gesetzgebung immer mehr steigenden Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, nicht durch umfangreiche Entlassungen städtischer Arbeiter die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren und die Entlassenen dem Hunger und Elend preiszugeben.

Die Versammelten erwarten, daß die schon erfolgten Entlassungen rückgängig gemacht werden, oder die Entlassenen Arbeiter an anderen Stellen beschäftigt werden. Sie beauftragen den Arbeiterausschuß alle Wege zu beschreiten, die zur Erreichung dieses Zieles notwendig sind.“

Deutsches Reich.

Neue Vereinbarungen zwischen Tabakarbeitern und Fabrikanten.

Kordhausen, den 27. Juli.

In Nr. 163 vom 18. Juli brachten wir die Mitteilung, daß das Ansuchen der Kordhäuser Tabakfabrikanten — die Arbeiter sollten bis zum 15. August mit verlängerter Arbeitszeit arbeiten — infolge des einmütigen Zusammenstehens der Fabrikarbeiter abgelehnt wurde. Die Situation hat sich jetzt anders gestaltet.

Auf Grund der eingelaufenen und kaum zu bewältigenden Aufträge traten die Fabrikanten erneut mit der Forderung von Ueberarbeit an die Arbeiter heran. Die Arbeiter setzten sich deshalb mit der örtlichen Verbandsleitung in Verbindung, die mit Genehmigung des Hauptvorstandes in die Ueberarbeit willigte unter der Voraussetzung, daß die Fabrikanten das ehrenwörtliche Versprechen abgeben, nach dem 15. August keinen Tabakarbeiter zu entlassen. Sollte nach diesem Tage eine Verminderung der Produktion eintreten, was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird, dann soll die Arbeitszeit verkürzt, im schlimmsten Falle die Fabriken auf kurze Zeit geschlossen werden. Dieser Beschluß geht konform mit der von den Vorständen des Deutschen Tabakarbeiter- und Sortiererverbandes soeben veröffentlichten Rundgebung.

Bis zur Stunde haben zwei bedeutende Firmen dem neueren Beschluß der Arbeiter Rechnung getragen und das gewünschte Versprechen abgegeben.

Haltung, Maschinen und Heizer! Die Firma Dyckerhoff u. Widmann, Viehtrieb am Rhein, Bahnhof-Neubau Rachen-Süderfeld, ist wegen Tarifbruch für Boggermeister, Löffelführer, Maschinenisten und Heizer gesperrt. Zutritt ist streng fern zu halten. Zentralverband der Maschinenisten und Heizer Deutschlands.

Kaiserliche Matrosen als Streikbrecher.

Kürzlich haben die unter dem Kommando von Radensen in Langfuhr stehenden Leibkubaren in Joppo den Streik der Kellner in der Sportwoche gebrochen. Nun ist ihnen in Danzig auch die kaiserliche Marine gefolgt! Der Personen- und Dampferverkehr auf der Motlauer, der Weichsel und der Dnieprflüsse wird monopolistisch von der Aktiengesellschaft „Weichsel“ beherrscht, die natürlich freimüßig-hanseatisch geleitet wird. Die Monopolstellung der Gesellschaft bekommt nicht nur das Publikum, sondern zuerst die Angestellten zu fühlen. Deren Verhältnisse sind so unangenehm, daß selbst die Hirsch-Dunderer, die leider noch einen größeren Teil in ihren Vereinen haben, ihre Harmoniegefühle in die Ecke werfen und zum Streik griffen. Am Sonnabend, den 24. Juli, forderten die Boots- und Steuerleute eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Tag. Die Direktion lehnte ab und verweigerte ein Entgegenkommen. Darauf wurde unter der Hirsch-Dunderer'schen Führung, ohne andere Organisationen auch nur zu benachrichtigen, beschlossen, am folgenden Sonntag zu streiken. Die Herren Harmoniekapitel griffen zu der Taktik, den Streik nur den Steuer- und Bootskleuten zu empfehlen, das ebenfalls bei ihnen „organisierte“ Maschinen- und Heizerpersonal aber weiter arbeiten zu lassen. Die Direktion ersuchte nun das Kommando des neuen Kreuzers „Emden“ um die Ueberlassung der erforderlichen Anzahl von Marinemannschaften und erhielt diese auch sofort gestellt! Das Erscheinen der Matrosen erweckte beim Publikum nicht gerade die freundlichsten Gefühle. Auch soll der Arbeitseifer dieser Erziehungskräfte die Direktion sehr enttäuscht haben. Sie zog es deshalb doch vor, den Ausständigen gegen Mittag eine längliche Lohnzulage von — 20 Pf. zu gewähren. In ihrer völlig isolierten Situation, ohne jede Verbindung mit der übrigen Arbeiterschaft, blieb den Streikenden nichts anderes übrig, als diesem ganz unzulänglichen Angebot zuzustimmen. Das Matrosenkommando wurde darauf am Mittag wieder zurückgezogen. Die Lokalpresse rügt, trotz ihrer intimen Freundschaft mit der Hirsch-Dunderer, in keiner Weise die unerhörte Verwendung des Militärs. Die unparteiischen Danziger „Neuesten Nachrichten“ konstatieren sogar noch vergnügt, daß die militärischen Arbeitswilligen auf Ersuchen der „Weichsel“-Direktion von „Emden“ „sofort bereitwillig“ gewährt wurden. Es ist einfach unerhört, daß die Arbeiterschaft das Militär jetzt auch noch dafür bezahlen muß, um den Unternehmern jederzeit kostenlos Arbeitswillige zur Verfügung zu stellen.

Husland.

Die Lage im englischen Bergbau.

Die Konferenz zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern zur Verhütung eines Ausstandes trennte sich am Dienstagabend ergebnislos. Eine neue Konferenz tritt heute in London zusammen.

Vor dem Generalstreik in Schweden.

Die am Montag vom schwedischen Unternehmertum durchgeführte Aussperrung erstreckt sich auf die Arbeiter der Holzschleifereien und Sägewerksbetriebe, die im Norden des Landes ihren Sitz haben, ferner auf die Textilindustrie mit 25 Fabriken in Norrköping, 20 in Borås bei Göteborg und einer geringeren Anzahl Fabriken in Malmö, Stockholm und anderen Städten. In den Aussperrungsdistrikten haben am selben Tage Massenversammlungen stattgefunden, und überall zeigte es sich, daß die Arbeiterschaft fest entschlossen ist, im Kampfe auszuhalten. Die Arbeitgeber haben vielfach durch Blatatschlag den Arbeitern mitgeteilt, daß sie trotz der Aussperrung weiterarbeiten könnten, wenn sie nur aus ihrer Organisation austreten wollten. Das hat jedoch nichts anderes zur Folge, als daß, wo noch unorganisierte vorhanden sind, sich diese den Verbänden anschließen. So ist es namentlich auch in der Textilindustrie, wo noch unorganisierte Arbeiterinnen in größerer Zahl zu finden waren.

Die Erbitterung der Arbeiterschaft über die Gewaltmaßregeln des Unternehmertums ist groß und wächst mit jedem Tage. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der auf den 4. August anberaumte Generalstreik mit aller Kraft durchgeführt wird. Die Generalstreikproklamation des Landessekretariats schließt von der allgemeinen Arbeitsniederlegung die Arbeiter aus, die in der Krankenpflege, mit der Wartung von Tieren, in den Beluchtungswerken, den Wasserwerken und bei der Straßenreinigung tätig sind. Es handelt sich hierbei jedoch nur um einen geringen Teil der Mitglieder der Landesorganisation. Jedenfalls wird dieser gewerkschaftliche Generalstreik umfangreicher und auch etwas langwieriger werden, als der politische von 1902, wo 120 000 schwedische Arbeiter um das allgemeine Wahlrecht streikten. Die Landesorganisation zählte Anfang dieses Jahres rund 170 000 Mitglieder, und außerdem ist damit zu rechnen, daß auch die ihr nicht angeschlossenen Gewerkschaften sich an der allgemeinen Arbeitsniederlegung beteiligen.

In der Proklamation werden ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Generalstreikbeschluß führten. Es ist die seit über einem Jahre betriebene höchst rücksichtslose und aggressive Taktik des organisierten Unternehmertums. Schon im vorigen Jahre, als die Wirtschaftskrise eintrat, kamen die Unternehmer schlag auf Schlag, oft der kleinsten Konflikte wegen, mit immer umfassenderen Aussperrungsbeschlüssen. Damals gelang es jedoch, durch immer neue Verhandlungen, einem allgemeinen Kampf zu entgehen, und man hoffte nun, daß die Unternehmer für einige Zeit von der Aussperrungsrafferei geheilt seien. Aber mit dem Jahre 1909 ging es von neuem los. So hatte der „Zentral-Arbeiterverband“ in diesem Frühjahr die allgemeine Aussperrung in der Bauindustrie des ganzen Landes beschlossen, und für die Baumaterialindustrie wurde dieselbe Maßnahme beschlossen und auch durchgeführt. Durch geschicktes Eingreifen der Organisationsvertreter der Arbeiterschaft, unter anerkannter Mitwirkung der Schlichtungsbeamten, gelang es, diese Konflikte beizulegen. Aber da trat die „Schwedische Arbeitervereinigung“, die strengsichtigste unter den Unternehmerverbänden des Landes, wieder auf den Kampfplatz. Die ihr angeschlossenen Grossisten der Herrenkonfektion veranstalteten am 24. Mai, die Detailisten derselben Branche am 5. Juli ihre allgemeine Aussperrung. Am 12. Juli folgte die allgemeine Aussperrung in der Papiermasseindustrie und am gleichen Tage die der Wege- und Wasserbauarbeiter. Daran schlossen sich nun am Montag die schon erwähnten weiteren Aussperrungen, die am 2. August auf die Eisenwerke, und danach weiter in der Ordnung, wie es der Unternehmerverband für gut befindet, ausgedehnt werden sollen. — Im Anschluß an die Schilderung dieser Ereignisse sagt die Proklamation u. a.:

„Vollständige Einigkeit herrscht in der Repräsentantschaft der Landesorganisation darüber, daß die fortgesetzte rücksichtslose Aussperrungstaktik der Arbeitgeber nicht länger geduldet werden kann oder darf, vor allem nicht in der Form, daß unter dem Druck dieser Aussperrungsdrohungen Abmachungen getroffen werden sollten mit verschlechterten Arbeitsbedingungen. Bei dem Umfang, den die nun proklamierten Aussperrungen annehmen werden, würde die Landesorganisation nur mit äußerster Anstrengung die ausgesperrten Massen notdürftig unterstützen können, und bei der Stimmung, die sich zurzeit unter den organisierten Arbeitern gegen lange und aufreibende Kämpfe mit hohen Extrabeiträgen geltend macht, konnte die Repräsentantschaft in diesem Fall nicht die bisher in unseren Organisationen angewandte Kampfweise empfehlen.“

Es folgen dann die Beschlüsse der Repräsentantschaft. Zunächst ber, daß die zur Zeit der Konferenz ja noch nicht endgültig geschiedenen Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, und dann der über die allgemeine Arbeitsniederlegung über das ganze Land. Mit dieser Ausdehnung des Kampfes hört alle regelmäßige Unternehmung auf. Für diejenigen, die als Bemahregelte auf dem Kampfplatz bleiben werden, wird jedoch ein Fonds gesammelt. Die Proklamation schließt mit der Aufforderung zu kühl überlegtem, ruhigem und zielbewusstem Handeln, unter Hinweis darauf, daß es sich bei diesem Kampf um Sein oder Nichtsein der ganzen schwedischen Gewerkschaftsbewegung handelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Immer noch mehr Blutarbeit.

Kursk, 28. Juli. (W. T. B.) Das hiesige Militärgericht verurteilte heute in dem Prozeß gegen die revolutionäre Organisation in Sattschigrij neun Angeklagte, unter ihnen das Mitglied der zweiten Duma Bjanth zum Tode, fünf und zwanzig, unter ihnen das Mitglied der ersten Duma Werkulow und einen Geistlichen zur Zwangsarbeit und 34 Angeklagte zur Anstaltung; zwanzig Angeklagte wurden freigesprochen.

Straßenkämpfe.

Madrid, 28. Juli. (W. T. B.) Von amtlicher Seite wurde heute nachmittag zur Lage in Barcelona erklärt, daß nach den mittags eingegangenen Nachrichten das Feuer, und wie man hier glaubt, auch mit Artillerie, auf die Barricaden eröffnet worden ist. Oeffentliche Anschläge in Barcelona fordern die friedliebende Einwohnerschaft auf, sich in ihren Häusern aufzuhalten, um der Möglichkeit, durch Geschosse verwundet zu werden, aus dem Wege zu gehen.

Wachsende Empörung.

Madrid, 28. Juli. (W. T. B.) Im heutigen Ministerrat teilte der Minister des Innern mit, daß in Alcoy und Ninja Unruhen ausgebrochen seien, die jedoch weniger beträchtlich als die in Barcelona seien; zu ihrer Unterdrückung würden strenge Maßnahmen ergriffen werden.

Gestörter Eisenbahnverkehr.

Paris, 28. Juli. (W. T. B.) Wie aus Cerbere gemeldet wird, ist der Eisenbahnverkehr zwischen Barcelona und der französischen Grenze vollständig unterbrochen. Die Bevölkerung von Eulera hat die Eisenbahnlinie auf mehrere Kilometer stark beschädigt.

Familien drama.

Rön, 28. Juli. (W. T. B.) Wie der „Königlichen Zeitung“ aus Trier gemeldet wird, hat in Reppichemmersdorf im Kreise Saarlouis die Ehefrau des Gendarmen Landwehr ihr erblindetes neunjähriges Kind erdrosselt und die weißgekleidete Leiche auf eine Bahre gelegt. Die Frau erhängte sich dann selbst.

Aus der Partei.

Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Erbschaftsteuer beschäftigte eine Versammlung der Parteigenossen in Wülhausen i. Elb. Nach einem Referat des Genossen Emmel wurde es in der Diskussion scharf beurteilt, daß die Fraktion in der zweiten Lesung der Erbschaftsteuer zugestimmt hat. Im Hinblick auf den Verwendungszweck hätte — so meinte die Versammlung — das nicht geschehen dürfen.

Die Jahresversammlung des Wahlkreises Weimar-Alpolda-Niemau fand am Sonntag in Weimar statt. Zu der demnächst stattfindenden Landtagswahl wurde beschlossen, mit aller Energie in den Wahlkampf einzutreten, damit der Partei neue Anhänger zugeführt werden und ein größerer Einfluß der Arbeiterklasse auf die Landespolitik durch eine stärkere Vertretung im Landtage erreicht wird.

In dem Entwurf des Organisationsstatus erklärt die Versammlung das Bestreben, der sozialdemokratischen Partei eine festere, zentralistischere Form der Organisation zu schaffen. In diesem Sinne stimmt die Versammlung dem Entwurf zu, stellt aber an den Parteitag in Leipzig den Antrag, im § 23 die Worte „in bewährter Weise“ zu streichen.

Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Vaidert-Weimar gewählt.

Eine Wahlkreis-Konferenz des Wahlkreises Neuh-Gredembroich tagte am Sonntag in Oberkassel. Der Wahlkreis — ein rein ländlicher — ist einer der rückständigsten am Niederrhein, eine der sichersten Zentrumsdomänen. Die Zahl der organisierten Parteimitglieder stieg von 181 auf 209, darunter 15 weibliche. Als Zeichen der fortschreitenden Entwicklung der Parteiorganisation im Wahlkreis ist der Beschluß zu verzeichnen, an die Zentralpartei in Berlin einen Beitrag für 1908/1909 in Höhe von 24 Mark abzuführen.

Auch in den entlegensten Orten des Wahlkreises hat die Parteiorganisation jetzt Mitglieder, ein Zeichen, daß es auch in dieser dunklen Ecke, wenn auch nur langsam, so doch unaufhaltsam vorwärts geht.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Fürstentum Lippe tagte am Sonntag in Lage. Von 18 Orten waren 30 Delegierte anwesend. Der Verein zählte Ende Juni 603 Mitglieder, darunter 23 weibliche. Mit dem Massenbestand von 60,78 M. waren im ersten Halbjahr 709,36 M. Einnahme zu verzeichnen; dem stand gegenüber eine Ausgabe von 565,06 M. Zur Tilgung des Defizits von der Landtagswahl sollen Kommensalitäten ausgegeben werden. Am 1. August soll im ganzen Lande ein Flugblatt, betitelt „500 Millionen neue Steuern“ verbreitet werden. Zum Parteitag werden folgende Anträge gestellt: zur Waiseier: „Der internationale Kongress möge beschließen, die Arbeiterruhe am 1. Mai fallen zu lassen.“ Zum Organisationsstatus: „Das Minimum des Beitrags auf 20 und 10 Pf. besetzen zu lassen.“ Als Reichstagskandidat wurde wieder Konsumgeschäftsführer Gen. Becker-Lemgo aufgestellt.

Wahltag.

Bei der Weigeordnetwahl in Hüsselsheim siegte Genosse Jun g mit 864 gegen 278 Stimmen der Gegner. Ob er die Bestätigung der heftigen Regierung findet?!

Das Votum der Konföderation der Arbeit gegen den Zarenbesuch. Rom, 26. Juli. (Fig. Ver.)

Der Ausschuß der Konföderation der Arbeit hat in seiner letzten Plenarsitzung über die Stellungnahme zum Zarenbesuch beraten und einstimmig die folgende Tagesordnung votiert:

„Angesichts der Möglichkeit eines Zarenbesuches in Italien erklärt der Ausschuß der Konföderation der Arbeit, daß es ihm fern liegt, das nach Freiheit strebende russische Volk mit dem offiziellen Rußland der Despotie zu verwechseln und die Pflichten der Dankbarkeit zu verwechseln, die die Arbeiter Italiens den russischen Matrosen schulden, die als erste den Opfern des Erdbebens zur Hilfe eilten.

Gegenüber der Notwendigkeit, die wirksamste Form des Protestes zu bestimmen, die anzuwenden wäre, falls die Regierung wirklich das Empfinden des italienischen Volkes durch den Zarenbesuch beleidigen sollte, spricht der Ausschuß zunächst seine Genugtuung aus über die allgemeine Auslieferung, die die bloße Ankündigung des Besuchs in allen Volksklassen hervorgerufen hat; er erachtet jedoch den Generalstreik im ganzen Lande als in keinem Verhältnis zu dem zu erreichenden Ziele stehend und sieht außerdem in ihm eine Maßnahme, die den italienischen Zarenfreunden die Handhabe bieten könnte, die wahre Bedeutung des Protestes zu fälschen und die üblichen Methoden brutaler Repression anzuwenden.

Kleines feuilleton.

Blériot, Blériot, der vor nicht langer Zeit noch als der Bescholger unter den Luftschiffern bekannt war, ist durch seinen Ansturz plötzlich zum Helden des Tages geworden. Wohl war er seit langem einer der eifrigsten Pioniere des Flugports, aber das Glück war ihm, dem begeisterten Verteidiger des Monoplans (Eindeckers), nicht günstig. Noch als er vor etwa 1 1/2 Jahren mit seinem zusammengebauten Flugversuch in Issy-les-Moulineaux unternahm, zog er den Kürzeren: er hat innerhalb von nicht ganz zwei Jahren zwölf Flugmaschinen unter sich zerbrochen, und ein ständiger Scherz war, daß er, wenn auch keinen anderen Reford, so doch den Reford in Unglücksfällen aufstellen werde. Aber kein Mißgeschick konnte seinen Mut und seine Tapferkeit lähmen. „Aus Unglücksfällen lernt man am meisten“, pflegte er zu sagen. Und dann kam langsam der Erfolg und plötzlich der Weltruhm. . . Energie und Mut, das sind die entscheidenden Eindrücke, die von diesem Manne soogleich ausgehen.

Was seinen mehr als fünfzig Unglücksfällen ist Blériot ohne ernsthaftere Verletzungen herübergegangen; er hatte aus ihnen gelernt, sich selbst beim Fall zu schützen. In seinen einmal gefallenen Maschinen hat ihn ein widriges Geschick nie aufhalten können. Als er am Mittwoch Paris zu dem Kanalflug verließ, besaß er in seiner Hand seine Frau, doch wenigstens zu warten, bis es mit seinem schlimmen Fuß besser ginge; aber Blériot erwiderte, seine Maschine warie auf ihn in Calais, und wenn er erst bei ihr wäre, dann würden schon die Schmerzen in seinem Fuß nachlassen. Seitdem Blériot auf der Ecole Centrale sich dem Ingenieurstudium gewidmet, war sein heißes Verlangen darauf gerichtet, eine Flugmaschine zu konstruieren. Er erwartete sich ein großes Vermögen durch Fabrikation des Blériot-Motorenwagens und hätte sein Leben in Ruhe und Behaglichkeit verbringen können, wenn er gewollt hätte. Aber sein erfindungsreicher Geist ließ ihn nicht rasten noch ruhen. 1901 konstruierte er einen Monoplan von recht eigenartiger Form, mit dem er seine Erfolge erzielte; dann baute er noch zwei weitere Maschinen von demselben Typ und widmete sich von nun an fünf Jahre lang mit unermüdlichem Fleiß der Wissenschaft des Fluges und der Prüfung aller der Erfindungen, die bisher zur Eroberung der Luft gemacht waren. Im September 1906 verband er sich mit der Firma Voisin zur Konstruktion seines ersten Zweideckers mit elliptischen Flügeln. Im folgenden Jahre baute er einen grotesk geformten Monoplan, der den Beinamen „Die Ente“ erhielt und mit dem er einen recht unglücklichen Flugversuch machte. Erst im Juli 1907, also sechs Jahre nach seinem ersten Versuch, begannen Blériots Erfolge. Er flog auf

In der Ueberzeugung, daß, um den Protest wichtiger zu gestalten, die Gewerkschaften und Arbeiterkammern im Einflang mit den politischen Parteien vorgehen müssen, beschließt der Ausschuß, den einzelnen Organisationen die Art ihres Protestes freizustellen, und ruft ihnen die Notwendigkeit ins Gedächtnis, vor und während des Zarenbesuchs durch Schriften und öffentliche Versammlungen das italienische Volk über die Schreden des russischen Despotismus und über die Opfer aufzuklären, unter denen das russische Volk um Freiheit und Kultur ringt. Der Ausschuß beauftragt schließlich das Exekutivkomitee, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen: sich in Verbindung mit den Vorständen der politischen Parteien und dem Landeskomitee gegen den Zarenbesuch zu halten und, im dringenden Falle, alle ihm geeignet erscheinenden Mittel in Anwendung zu bringen, soweit sie sich in den Grenzen der vorliegenden Beschlußfassung halten.

Wie man sieht, hat weder der Parteivorstand noch die Konföderation eine Norm für ganz Italien zu diktiert gewagt. Das ist um so bedauerlicher, als man in Arbeiterkreisen zu jeder Demonstration, auch solcher, die große Opfer auferlegt, bereit wäre! Die sich täglich häufende Zahl von Tagesordnungen zugunsten des Generalstreiks beweist dies. Und das Proletariat hat gerade von Konföderation und Partei die Parole erwartet. Dringlich ist die Sache nachgerade auch geworden, da eine offizielle russische Korrespondenz den Zarenbesuch für die letzte Septembertwoche russischer Rechnung in Aussicht stellt. Der Besuch soll in einem italienischen Hafen stattfinden. Auf italienischen Boden traut sich Nilolaud nicht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung der Beamten des Arbeitsnachweises des Arbeitgeber-Verbandes Harburg wurde am Dienstag nach 4 1/2stündiger Verhandlung der verantwortliche Redakteur Genosse Zielle vom Samburger Schöffengericht zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Der mitangeklagte Geschäftsführer der „Volksblatt“-Druckerei, Genosse Martens, erhielt 10 M. Geldstrafe, gewissermaßen — wie sich der Vorsitzende ausdrückte — als Ordnungstrafe.

Aus Industrie und Handel.

Hungerpreise.

Ueber die Entwicklung der Preise verschiedener wichtiger Nahrungsmittel im Juni macht die „Statistische Korrespondenz“ u. a. folgende Angaben:

Die Getreidepreise sind im Berichtsmoate weiter gestiegen. Insbesondere hob sich der Preis für Weizen mittlerer Qualität im Durchschnitt der Berichtsorte gegen den Vormonat um 11 M. für die Tonne; er ist damit seit Januar dieses Jahres bereits um 60 M. in die Höhe gegangen. Der Roggenpreis stieg gegen den Monat Mai dieses Jahres um 9, der Haferpreis um 7 M., ersterer mithin seit Januar um 27, letzterer um 33 M.

Die Grobhandelspreise für Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Heu und Stroh sind durchweg im Gesamtdurchschnitte gestiegen, am meisten die für Speisebohnen (um 12 M.), demnächst die für Heu (um 8 M.); andererseits zeigen die entsprechenden Kleinhandelspreise für Hülsenfrüchte und Kartoffeln gegen den Vormonat eine Aufwärtsbewegung nur bei den Erbsen. Der Butterpreis ist im Berichtsmoate zum erstenmal im Januar etwas zurück, der Eierpreis emporggegangen.

Die schon seit einiger Zeit beobachtete Preiserhöhung für Mehl und Brot hat, abgesehen vom Roggenmehl im Grobhandel, dessen Preis gegen Mai unverändert geblieben ist, im Berichtsmoate angehalten.

Vom Kohlsyndikat.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wird in einem anscheinend inspirierten Artikel versucht, die Konsumentenfreundlichkeit des Kohlsyndikats nachzuweisen. Es werde viel darüber geschimpft, heißt es da, daß die Kohlen- und insbesondere die Kokspreise für die Eisenindustrie nicht genügend herabgesetzt worden seien. Warum man mit den Preisen nicht zurückgehe, ergebe aber ein Blick auf die Gestaltung der Rohkohlpreise. Die Verbilligung des Koks habe auch die Preise für Eisen sinken lassen! In den Kreisen des Rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats sei das mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden.

Wenn die Dinge auf dem Rohkohlmarkt sich in dieser Weise weiter entwickeln, so hat das Entgegenkommen des Kohlsyndikats gegenüber eingesehen war, seinen Zweck vollständig verfehlt. Das Kohlsyndikat hat die Ueberzeugung, daß es, so viel an ihm lag, nichts unversucht gelassen hat, zu einer Besserung des Rohkohlmarktes beizutragen. Man wird daher billigerweise nicht von ihm erwarten können, daß es dem Rohkohlmarkt durch seine Preispolitik noch

weitere Mittel in die Hand gibt, den ungesunden Wettbewerb, der durch die Auflösung des Rohkohlmarktes entstanden ist, ins Ungemessene zu steigern.

Das Syndikat, das kräftig dahin gewirkt hat, das Rohkohlensyndikat aufzulösen, ist, indem es durch seine Preispolitik verschiedene reine Werke vor den Bankrott brachte, stellt sich jetzt hin und sagt: Wir können euch nur durch — hohe Kokspreise helfen. Eine tollere Verhöhnung kann man sich kaum noch vorstellen.

Die Kohlenproduktion im Deutschen Reich hat nach den neuesten Ausweisen im Juni gegen den gleichen Monat im Vorjahre einen starken Anstieg zu verzeichnen. Die Steinkohlenförderung betrug 11 974 032 Tonnen gegen 11 179 248 Tonnen im Juni 1908, das sind fast 800 000 Tonnen (über 7 Proz.) mehr. Auch bei den anderen Kohlenarten sind durchweg viel höhere Förderzahlen beobachtet worden, so daß die Gesamtförderung Januar bis Juni einschließlich in diesem Jahre schon wieder so hoch ist wie im Vorjahre, obwohl die vorangehenden Monate dieses Jahres gegen das Vorjahr erheblich zurückblieben. Am meisten ist noch die Steinkohlenförderung zurück, um fast 800 000 Tonnen. Trotzdem übertraf die Ausfuhr an Steinkohlen Januar/Februar 1909 mit 10 320 519 Tonnen diejenige in der gleichen Zeit des Vorjahres mit 9 838 175 Tonnen um 482 344 Tonnen, also um fast 5 Proz. Die Steinkohleneinfuhr nach Deutschland war dabei geringer als im Vorjahre.

Schädigung der deutschen Ansichtskartenindustrie.

Von einem Importeur sind der „New Yorker S. Fig.“ folgende Mitteilungen gemacht worden.

Für die deutschen Fabrikanten, welche dem amerikanischen Markt in den letzten Jahren enorme Quantitäten von Ansichtskarten geliefert haben, liegt die Aussicht herzlich schlecht. An die Stelle der bisherigen Postkarte von 5 Cents pro Bld. soll nun eine solche von 15 Cents Plus 25 Proz. ad valorem treten, und so fern sich nicht noch irgend etwas Unvorhergesehenes ereignet, scheint es ziemlich sicher zu sein, daß dieser enorme Postzuschlag in Kraft treten wird.

Das würde natürlich den Ausschluß der hier große Popularität genießenden deutschen Ansichtskarten, abgesehen von feinerer Ware, bedeuten und damit schweren Verlust für die deutschen Fabrikanten, welche das Geschäft aufgebaut und dazu kostspielige Einrichtungen getroffen haben. Bereits hört man, daß von der Seite geplant wird, die Fabrikation und die Maschinenherstellung noch hier zu verlegen, um von dem hierigen hohen Postsatz selbst Nutzen zu ziehen. Anstatt daß somit die einheimischen Fabrikanten durch die übermäßige Zollerschöpfung, die sie anscheinend durchgesetzt haben, die Auslandskonkurrenz ausschließen, steht ihnen vermehrte Konkurrenz bevor. Des Weiteren hört man, daß die hiesigen Fabrikanten beabsichtigen, den Postzuschlag zu einer erheblichen Preiserhöhung zu benutzen, was dann auch den nach hier zu verlegenden deutschen Fabrikbetrieben zugute kommen würde. Ebenso sicher läßt sich jedoch annehmen, daß dann die hiesigen Arbeiter mit höheren Lohnforderungen hervortreten und, falls mit denselben nicht erfolgreich, Streiks inszenieren werden. Es scheint daher fraglich, ob die amerikanischen Fabrikanten mit ihrer Agitation gegen die Auslandskonkurrenz schließlich viel gewinnen werden.

Höhere Dividende. Der amerikanische Stahltrust schüttelt für das letzte Quartal auf die common shares 1/4 Proz. Dividende aus gegen 1/2 Proz. früher.

Aus der Frauenbewegung.

Das Verbot der Frauennachtarbeit in Norwegen.

In der verflochtenen Woche hat sich das Lagthing, die aus einem Viertel der Storting Abgeordneten bestehende kleinere Abteilung des norwegischen Reichstags, mit dem Fabrikgesetzentwurf befaßt. Das im § 23 des Entwurfs enthaltene, aber vom Odelsthing abgelehnte Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen wurde vom Lagthing mit 16 gegen 15 Stimmen angenommen. Ob das Verbot, das übrigens für die Fisch- und Fischkonservenindustrie Ausnahmen zuläßt, Gesetz wird, ist noch zweifelhaft, da die endgültige Entscheidung dem gesamten Storting überlassen bleibt. — Der im Entwurf vorgesehene allgemeine Normalarbeitstag von 10 Stunden, Sonnabends sechs Stunden, wurde im Odelsthing und im Lagthing mit 22 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Für den von unseren Genossen vorgeschlagenen Achtstundentag stimmten nur die drei sozialdemokratischen Lagthingmitglieder.

Ein sozialdemokratisches Frauenblatt in Norwegen.

Auf der letzten Jahresversammlung des Frauenverbandes der norwegischen Arbeiterpartei wurde der Vorstand beauftragt, für die Gründung eines sozialdemokratischen Frauenblattes zu wirken. Das Blatt soll vom 1. September dieses Jahres an erscheinen, und zwar monatlich. Es wird den Titel „Kvinden“ — „Die Frau“

Humor und Satire.

Das Pferd als Raucher.

Ein altmärkisches Kreisblatt, so wird der „Frankf. Fig.“ berichtet, bringt in allem medizinischen Ernste eine Betrachtung über die Pferdekolik und deren Behandlung, die von ganz besonders originellem Inhalt ist. Nachdem von den im Grünfütter vorkommenden Giftpflanzen und deren Wirkung auf Gänse und anderes Hausgevieh die Rede war, geht der Verfasser ausführlicher auf die Pferdekolik ein, die, wohl die Wehrzahl der davon betroffenen Pferde erliegt. Zeitig dagegen angewandt, erweisen sich aber sogenannte Rauchlichter recht wirksam. Zu dem Zwecke müsse eine passend hergestellte Tabakspitze mit der Spitze eingeführt werden, worauf die Darmtätigkeit die Pfeife in Brand erhalte und den Rauch ins Darminnere einziehe. Das bislang von großen Schmerzen gequälte Pferd lasse sofort erkennen, wie schmerz lindern und wohltuend das Mittel alsbald wirke, und nehme auch gleich mit Wehnen einen hochstehenden des Vorderkörpers ein. Die Rauchkur müsse allerdings stundenlang fortgesetzt werden, wenn sie den gewünschten günstigen Erfolg haben sollte. Zum Beweise für den Erfolg wird folgender Fall angeführt: Der Wärter eines Kolikranken, mit Rauchtabak behandelten Pferdes war eingeschlafen und hatte den Haltestrick fallen lassen. Darauf nahm der Patient — nebenbei bemerkt ein ungetöhllich Auges Pferd — an entfernterer Stelle auf einem Trittsstein selbst die von ihm als heilsam erkannte Stellung bis zum Verschwinden der letzten Krankheitszeichen ein.

Man darf erwarten, daß die Junker für die rauchenden Pferde alsbald eine Herabsetzung der Tabaksteuer beantragen werden.

Notizen.

— Bühnenchronik. Anna Mildeburg hat ihren Vertrag mit der Wiener Hofoper gelöst; sie wird im Herbst im Deutschen Theater zum Schauspiel überreten und die Altstammestra in Hofmannsthal's „Elektra“ spielen. — Grifa Wedekind, das frühere Mitglied des Dresdener Hoftheaters, wurde für die Komische Oper als Gast verpflichtet.

— Theaterchronik. Im Schiller-Theater Char. Lotenburg begehrt Hauptmanns Diebstahlskomödie „Der Wiberpelz“ am Donnerstag die 50. Aufführung. — Das Kleine Theater, das einer Umgestaltung unterzogen ist, wird am 1. August wieder mit Ludwig Thomas Komödie „Moral“, die bei dieser Gelegenheit zum 200. Male gegeben wird, wieder eröffnet.

Führen. Die Revolution ist einem Komitee übertragen, bestehend aus den Genossinnen Frau Fernanda Kissin, Frau Sunhild Biener und Fräulein Selga Thorsen.

Zur Lage der Frauen in Indien.

In einem vor einigen Monaten erschienenen sehr interessanten Buche über Indien „The new India“ von Jones finden wir folgende Angaben über die Lage der Frau. Die Frau ist bis jetzt als ein unreines, verachtungswürdiges Geschöpf angesehen. Die Anhänger der reformerischen Strömungen verlangen Reformen auch auf dem Gebiete der Frauenfrage. Speziell wenden sie sich gegen folgende Barbarei. Mädchen im Alter von 6 bis 8 Jahren werden verheiratet an alte Wittlinge. Stirbt ihr Mann, bevor sie die pöbliche Unschuld verloren haben, so werden sie als Wittwen betrachtet und dürfen nach indischen Sitten nicht mehr heiraten. Für die Lage der Frau in Indien ist es charakteristisch, daß die Reformatorinnen keinen Mut haben, das gesetzliche Bestrafen dieser Kinderheirat zu verlangen, sondern sie begnügen sich mit der Forderung, eine Verlobung mit einem Kinde, das noch keine zehn Jahre zählt, solle als Verlobung gelten, d. h. nach dem Tode des Wittlings solle das Mädchen das Recht haben, zu heiraten.

Wie Jones weiter berichtet, würden jährlich tausende und abertausende Mädchen an die Tempel vergeben, wo sie als Bajadere Prostitution treiben. Das sind Zustände, mit welchen die Engländer sich abgefunden haben. Sie haben es gewiß nicht aus Rücksichtnahme für die sittliche Eigenart der Inder getan, sondern darum, weil das Verkaufen der Kinder an Wittlinge und Tempel sich nicht auszurotten läßt, solange das ungeheure Elend der indischen Bevölkerung herrscht, das sie durch ihre Ausbeutungsherrschaft herbeigeführt haben.

Soziales.

Erkrankung während des Urlaubs.

Die Buchhalterin B., die bei der besagten Expeditionsgesellschaft u. a. in Stellung war, hatte um einen achtwöchigen Urlaub auf eigene Kosten gebeten, den sie zur Pflege ihrer erkrankten Mutter verwenden wollte. Sie erhielt auch unter diesen besonderen Umständen und Bedingungen den Urlaub bewilligt, erkrankte aber selbst schwer während des Urlaubszeit. Die Buchhalterin stellte Ansprüche auf Gehalt für sechs Wochen, die Firma weigerte sich indessen, nicht nur für die Urlaubswochen, sondern auch für die darauf folgenden fünf Wochen Gehalt zu zahlen. Die Besagte begründete ihre Weigerung damit, daß zur Zeit der Erkrankung der Klägerin gar kein Arbeitsverhältnis bestand, denn dieses war auf deren eigenen Wunsch auf eine Woche unterbrochen worden. Der dem Handelsgesellschafter das Gehalt für sechs Wochen im Erkrankungsfall sichernde § 83 des Handelsgesetzbuches lege aber voraus, daß ein Dienstverhältnis bestehe.

Das Kaufmannsgericht wies die Klägerin mit ihrem Anspruch für die Urlaubswochen ab, sprach ihr aber mit Recht das Gehalt für die übrigen fünf Wochen zu. Erste Voraussetzung des § 83 sei allerdings, daß das Dienstverhältnis noch bestehe. Im vorliegenden Fall sei aber das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst, sondern nur durch Urlaub unterbrochen worden. Besteht noch ein Dienstverhältnis, so ist es gleichgültig, ob die Erkrankung während oder außerhalb der Dienstleistung erfolgte. Darum steht der Klägerin das Gehalt für die Krankheitszeit, mit Ausnahme der Urlaubswochen, zu. Für diese Wochen hat die Klägerin keinen Anspruch. Sie hatte freiwillig auf Gehalt für diese Zeit verzichtet und hätte demnach auch bei normalem Verlauf ihrer Urlaubszeit kein Gehalt für die Woche bezogen.

Die Merkblätter der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, sowohl das für Männer wie das für Frauen und Mädchen bestimmte, sind, nachdem sie von dem Ausschuss der Gesellschaft einer umfassenden Umarbeitung unterzogen worden sind, jetzt neu erschienen und durch die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin, Inselstraße 13a, für Ärzte und Ärztevereinigungen gratis zu beziehen.

Los des Landproletariats.

Bei dem Rittergutsbesitzer v. Braunschwieg auf Lübzow bei Stolp war ein Arbeiter Linder drei Jahre beschäftigt. Linder hatte er das Heimatrecht erworben. Im Jahre 1908 erhielt er, da er durch seine Arbeit zum Krüppel geworden war, eine Hungerrente in Höhe von 14,30 Mark. Der Gutsbesitzer verwies den Rentner kurzerhand aus der früheren Wohnung, trotzdem in einem Schreiben des Kreisaußschusses vom 12. Dezember 1908 unter dem Zeichen „K. A. 15036“ dem Linder mitgeteilt worden war, daß ihm vom Gutsarmenverband freie Wohnung und Feuerung gewährt werden muß. Weil nun der Unglückliche nicht auf der Straße liegen wollte, ging er auf Suche nach einer Wohnung. Doch vergeblich, keiner wollte diesen ausgemergelten Landproletarier aufnehmen. Und so war er gezwungen, wie ein Landstreicher bald hier, bald dort um Nachtquartier zu bitten. Als nun der vom Hunger Geplagte sich unterstand, auf freiem Felde in einem ausgemergelten Loch etwas Feuer anzuzünden, um sich etwas Warmes zu bereiten, wurde er als Brandstifter verhaftet. Im Gefängnis erhielt er nun Obdach. Im Gefängnis erhielt er ein Schreiben, betitelt „Paffische“. Dieses lautete: „Auf Anordnung des königlichen Amtsgerichts werden Sie benachrichtigt, daß die Verlängerung Ihrer Haft bis zum 2. Juni 1909 einschließlich beschlossen worden ist“, und am 24. Mai erhielt er ein gleichlautendes Schreiben, worin ihm mitgeteilt wird, daß die Haft bis zum 10. Juni 1909 einschließlich beschlossen ist. Nun war der Bedauernswerte zufrieden. Er hatte Unterkunft bis auf weiteres gefunden. Doch es sollte anders kommen. Am nächsten Tage bekam er den Kaufpaß mit den Worten: „Es geht nicht, daß wir Sie hier behalten können.“ Nun stand er wieder auf der Straße. An das Stiechenhaus wandte er sich. Dort erhielt er zur Antwort: „Für 14,30 Mark können wir keinen aufnehmen.“ Bemerkenswert ist noch ein Schreiben des Kreisaußschusses vom 15. Februar 1909, das Linder auf seine Beschwerde über den Gutsarmenverband erhielt. Wir wollen es im Original den Lesern mitteilen als Beweis, wie sich die Welt in den Köpfen unserer herrschenden Kreise malt. Es lautet wörtlich: „Ihre erneute Beschwerde muß als unbegründet zurückgewiesen werden. Es liegt keine Verantwortung vor, den Gutsarmenverband zur Gewährung von Unterstützung anzuhalten. Ihre Invalidenrente in Höhe von 14,30 Mark muß zur Befriedigung Ihres notwendigen Lebensunterhalts ausreichend erachtet werden. Feuerung ist Ihnen inzwischen angefahren worden. Den Keller, in dem sich angeblich Wasser befindet, soll, benötigten Sie nicht, da Ihnen ein Stall zur Verfügung steht.“ Auf eine Beschwerde erhielt der Arbeiter folgende Antwort: „Der Vorsitzende des Kreisaußschusses des Landkreises Stolp, K. A. 9278, Stolp, den 22. Juni 1909. Ihrem an den Regierungspräsidenten gerichteten und am mich abgegebenen Gesuch um Gewährung eines Obdaches seitens des Gutsarmenverbandes Lübzow kann nicht entsprochen werden, da der § 28 des Unterstützungswohnungsgesetzes maßgebend ist. Da Sie sich zurzeit in Jersery (Kreis Stolp) aufhalten, ist der dortige Gutsverband verpflichtet, Ihnen Obdach vorläufig zu gewähren, vorbehaltlich des Anspruches auf Erstattung der Kosten durch den Gutsarmenverband, wo Sie Ihren Unterstützungswohnungsgesuch erworben haben. Ich gebe Ihnen daher anheim, sich zunächst an den dortigen Armenverband, dessen gesetzlicher Vertreter der Gutsvorsteher ist, zu wenden. Wegen dessen abweisenden Bescheid sieht Ihnen Beschwerde beim Kreisaußschuß offen.“ Man sieht, es geht von Pontius bis Pilatus und dann wieder umgekehrt. Der Gutsvorsteher in Jersery weigert sich nun ganz entschieden, den Arbeiter aufzunehmen. Nun ist wieder Beschwerde eingelegt. Man kann gespannt sein, wie die Antwort jetzt lautet wird, die schon vier Wochen lang erwartet wird.

Ein Wunder ist es, daß dieser Arbeiter noch nicht wegen Landstreichens verhaftet ist. Der Landrat rät in Nr. 26 des Kreisblattes amlich die Melkmetrommel für einen „hinterponnerischen Haus- und Familienkammer“. Der Landrat bittet alle Geistlichen und Lehrer sowie alle mit den örtlichen Verhältnissen des Stadt- und Landkreises vertraute Herren, Beiträge geschichtlichen Inhalts der Druckerei zu überweisen. Dadurch beläme der Kalender eine örtliche Färbung und es würde die Liebe und Anhänglichkeit an die Heimat hierdurch in den Herzen der Bevölkerung geweckt und gefördert.“ Wir empfehlen dem Landrat, den geschichtlichen Vorkauf zu verwenden. Es wird sicher die Liebe zur Heimat hierdurch geweckt.

Sind es wirksame Trunksuchtheilsmittel?

Hierauf gibt das vom Kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitete „Gesundheitsbüchlein“ in seiner stark veränderten 13. Auflage von 1908 folgende Antwort: „Arzneimittel, deren Anwendung allein von der Trunksucht zu heilen vermag, gibt es nicht; auch von den hierfür vielfach angepriesenen, meistens recht kostspieligen Melk- und Geheimmitteln darf man keinen Erfolg erwarten. Die Behandlung ausgeprägter Trunksucht geschieht am besten in einer der hierfür besonders eingerichteten Anstalten.“

Der Rat der Aufnahme in eine Anstalt ist freilich wertlos, so lange solche Anstalten nicht unentgeltliche Aufnahme gewähren. Hier könnten die Landesversicherungsanstalten eingreifen. Sie handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie der Bekämpfung der Trunksucht in ihren Urzweigen und Wirkungen Aufmerksamkeit schenken. Denn jeder Trinker ist in Gefahr, frühzeitig invalide zu werden und damit der Versicherung anheimzufallen. Die Versicherungsanstalt für die Rheinprovinz ist auf dem Wege zu unentgeltlicher Aufnahme in Anstalten. Der Vorstand dieser Landesversicherungsanstalt gewährt: 1. jeder Trinkerfürsorgestelle ihres Bereichs eine namhafte Jahresbeihilfe; 2. jedem versicherten Trinker noch einem gewissen Versicherungszeitraum die Wohltat des Heilverfahrens in einer entsprechenden Anstalt; 3. jedem Abstinenzverein für solche geistlichen Trinker, die mit seiner Hilfe befreit oder durch ihn nach der Anstaltskur vor Rückfall dauernd bewahrt geblieben sind, Jahresprämien.

Gerichts-Zeitung.

Amateur-Kriminalstudent.

Der Agent Karpe hatte schon viel von „Bouillonkellern“, „Kaffeeclappen“ und anderen Verbrecherschlupfwinkeln gehört und kam eines schönen Tages auf den Gedanken, eine Reihe durch das dunkle Berlin zu machen, um sich jene Schlupfwinkel an Ort und Stelle anzusehen und kriminalistische Studien zu machen. Mit seinem ältesten Anzug besetzt, um möglichst wenig aufzufallen, begann er seine Fahrt in einem Lokal in der Linienstraße, welches den Namen „Die Melone“ trägt. Von hier wanderte er nach einem Bouillonkeller in der Gollnowstraße. Er achtete nicht darauf, daß eine der mit ihren Beschützern anwesenden Frauen ihren Freunden allerlei verstoßene Zeichen und Winke gab. Es war dies eine unter dem Epitheton „Piraten-Kunne“ bekannte Prostituierte Müller, die sich bald darauf mit ihrer „Freundin“, der Angeklagten Moldenhauer, an den Tisch des Karpe setzte, der ahnungslos den Grund seines Aufenthalts in der Kasse merke erzählte. Die Mädchen boten sich an, ihn noch durch schlimmere Lokale zu führen. In einem anderen Bouillonkeller wurde in einem verschwiegenen Hinterbüchsen trotz des Verbots auch Bier ausgeschenkt. Hier kamen wie zufällig auch die drei gestern in Gemeinschaft mit den vorbestraften Hermann Lübede, Fritz Elisen und Julius Skowronski, Angeklagten hinzu, welche die schönen Epitheten „Schneider-Hermann“, „Aislerstrich“ und der „polnische Julius“ trugen, sowie ein bisher unermittelt gebliebener „Arbeiter“ Dasle, der den Epitheton „Kelle“ trägt. Der Amateur-Kriminalstudent geriet nun in eine recht fatale Lage, da seine Begleiter ihn mit Bier und Schnaps traktierten und er gezwungen wurde zu trinken. Wie K. behauptet, mußte man ihm hier irgend etwas in das Bier gegossen haben, denn er wurde plötzlich sehr müde und fast willenlos. Er war deshalb froh, als ihm seine Begleiterinnen den Vorschlag machten, ein anderes Verbrechenslokal in der Kietler Straße aufzusuchen. Er folgte ahnungslos und ließ sich in die menschenleere Gegend des Nordhafens verdrücken. Hier erhielt er plötzlich von hinten einen wichtigen Schlag auf den Kopf, der ihn zu Boden streckte. Ein Mann hielt ihm den Mund zu, um ihn am Schreien zu hindern, während ihn zwei andere Männer und die beiden Frauenpersonen völlig ausplünderten. — Von den Tätern fehlte anfänglich jede Spur, bis der Kriminalschuttmann Gralla zufällig in einer Kasse etwas von einem Kaufmannfall am Nordhafen hörte. Er ging der Spur nach und konnte einen nach dem anderen der Angeklagten feinfühnen. Die Strafkammer erklärte sich nach kurzer Verhandlung für unzuständig, da die Angeklagten des gemeinschaftlichen Straßenraubes für dringend verdächtig erachtet wurden. Die Verhandlung wurde deshalb dem Schwurgericht überwiesen.

Zwei Wahre Gefängnis gegen ein Kind!

Ein drakonisches Urteil gegen einen 14-jährigen Böhrling fällte am Dienstag die Strafkammer zu Erfurt. Am 23. Juni d. J. brannte in Bielefeld bei Arnstadt in Thüringen das Schuhmachermeister Meckenschen Eheleuten gehörige Gehöft nieder. Der Brand gefährdete auch das Leben von Menschen. Als Brandstifter wurde der 14 Jahre alte Schuhmacherlehrling Guido Jahn, der bei Meckens in der Lehre war, ermittelt. Der Junge gab an, die Tat verübt zu haben, um schnell aus der ihm nicht zusagenden Lehre zu kommen. Am Dienstag stand der Junge vor der Strafkammer in Erfurt, die ihn zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte; der Staatsanwalt hatte gar fünf Jahre Gefängnis beantragt. Rehaft bezweifeln mußten wir die Zurechnungsfähigkeit des Kindes. Sicher ist, daß eine Gefängnisstrafe von so ungeheurer Höhe den Jungen nimmer bessern, sondern lediglich dem Elend überantworten kann.

Vom Reichsgericht freigesprochen.

Die Entwendung von Rohungs- und Gemüsmitteln von unbedeutendem Werte oder in geringen Mengen zum alsbaldigen Gebrauch nennt man Mundraub, das Strafgesetzbuch bestraft diesen nicht als Diebstahl, sondern als Übertretung. Übertretungen verjähren in drei Monaten. Hieran hat die Staatsanwaltschaft und die Strafkammer in Paderborn auf der Verurteilung gedacht. Das Reichsgericht korrigierte die Verjährungsfrist der staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Beamten am 1. Montag.

Das Landgericht Paderborn hat am 25. Mai den Schlosser Karraich und den Arbeiter Jander wegen Mundraubes zu je einer Woche Haft und den Arbeiter Dorrack wegen eines (hier nicht interessierenden) schweren Diebstahls und außerdem gar wegen Hehlerei zu drei Monaten vier Tagen Gefängnis verurteilt. In dem unverschlossenen Speicher einer Brauerei lag ein Faß Roggen. Karraich öffnete den Spund mit einem Meißel und Jander holte einen Schlauch. Mit dessen Hilfe zapften sie etwa 1 Liter Roggen ab, dessen Wert 1,20 Mark betrug. Sie tranken selbst und ließen Dorrack ebenfalls trinken. D. wußte, daß es sich um entwendete Ware handelte. — Auf die vom Staatsanwalt zugunsten der drei Angeklagten und außerdem noch von Karraich selbst eingelegte Revision erlaubte das Reichsgericht wie folgt: Karraich und Jander werden von der Anklage des Mundraubes, Dorrack wird von der Anklage der Hehlerei freigesprochen. Der Mundraub war Ende Oktober 1908 begangen; die erste richterliche Tat gegen die Angeklagten ist im März 1909 erfolgt. Das Landgericht hat demnach übersehen, daß die Straftat verjährt war. Auch Dorrack konnte nicht bestraft werden, weil ein Anführer des Diebstahlsobjektes nicht festgesetzt ist und in dem bloßen Mitwissen nach der bestehenden Rechtsprechung des Reichsgerichts der Tatbestand der Hehlerei nicht zu erbilden ist. Es ist ein immerhin starkes Stück, daß fünf gelehrte Richter und ein gelehrter Staatsanwalt nicht nur die Verjährungsvorschrift außer Acht ließen, sondern gar jemand als Hehler bezeichneten, der

lediglich als Mittäter in Betracht kommen konnte. Unkenntnis des Gesetzes schützt den einfachen Bürger nicht vor Strafe — so ist Reservatrecht des Juristen, der doch zur Anwendung des Gesetzes berufen sein soll. Sind dazu in der Tat „gelehrte“ Richter und Ankläger nötig?

Verfammlungen.

Die Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie alle in den mechanischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, versammelten sich am Dienstagabend im Gewerkschaftshause. Der Bericht über die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung stand zuerst auf der Tagesordnung. Der Referent Guttsche gab eine vollständige Uebersicht über die Verhandlungen, er verweilte bei den Kämpfen, die der Verband in Mannheim und Stettin zu bestehen hatte, er besprach dann den Kaisererbescheid und erläuterte besonders die Änderungen der Statuten, die zum Teil sehr einschneidender Natur sind.

Zwei Diskussionsredner griffen unter dem Beifall der Versammelten die Beschlüsse des Verbandstages scharf an und beklagten sich auch über die zu knapp gehaltenen Berichte in „Vorwärts“ wie auch in der Verbandszeitung. Die Haltung des Verbandsvorstandes gegenüber den Streiks in Mannheim und Stettin sei schwer zu tadeln; mit der Änderung der Statuten müßten die Mitglieder unzufrieden sein, und bedauerndwert sei, daß die Frage der Kaiserfeier nicht in dem Sinne beantwortet wurde, wie es die Arbeiter-schaft zu erwarten hatte. Die Kaiserfeier werde im Verbands durch eine Gegenagitation geschädigt und man brauche sich nicht zu wundern, wenn die Beteiligung an der Feier abnimmt. Adolf Cohen trat in einer längeren Rede der Kritik an den Beschlüssen energisch entgegen. Es sei eine alte Erfahrung, daß hinter jeder Generalversammlung viel raufgepöbelt werde; man liebt es besonders, auf die Beamten des Verbandes loszugehen. Diese aber haben mit den harten Tatsachen in erster Linie zu rechnen. Sie taten ihre Pflicht in Mannheim und Stettin, die Kritik an den Maßnahmen des Vorstandes sei ungerichtet. Die fertige Änderung der Statuten mußte vorgenommen werden, weil die Klassenverhältnisse eine derartige Regelung, wie sie vorgenommen wurde, allein schon verlangten. Gerade die Berliner sollten ihre Ansprache nicht so hoch schrauben, denn ihre Beitragsleistung ist im Verhältnis zu vielen anderen Gegenden Deutschlands eine sehr mangelhafte. Zu der Frage der Kaiserfeier bemerkte Cohen, daß eine Feier und eine Resolution zu feiern da nichts bedeuten, wo es an einer Organisation fehle. Es handle sich darum, ob die Gemahregelten unterstützt werden könnten. Sei man dazu nicht imstande, solle man lieber die Feier fallen lassen.

Nach Cohens Rede wurde die Diskussion mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit geschlossen. Einige Branchenangelegenheiten kamen dann noch zur Erörterung.

Eine gutbesuchte Versammlung der Kohlenarbeiter von den Blägen des Bezirks Moabit und Wedding tagte am Dienstag bei Schwarz, Tegeler Straße. Nach einem von Werner gehaltenen Vortrage über die Einwirkung der Krise auf das Erwerbseleben der Kohlenarbeiter wurde im Laufe der Diskussion von den berichtenden Rednern Klage darüber geführt, daß eine ganze Anzahl Kohlen-großhändler, die es sehr gut verstanden, durch die Berliner „Breit-Rendition“ die Preise auch während der Krise hochzuhalten, die Löhne um 5 Pf. pro Stunde reduziert haben. Leider seien jedoch die augenblicklichen Verhältnisse nicht geeignet, seitens der Arbeiterschaft so vorzugehen, wie es sich in solchen Fällen gehört, das heißt, durch eine eventuelle Arbeitsniederlegung die Reduktion rückgängig zu machen. Ferner wurden die weitgehendsten Klagen über sanitäre Mängel bei den Berliner Kohlenblägen im allgemeinen und auf den Blägen am Wedding im besonderen vorgebracht. Es herrschen auf den Blägen Zustände, die jeder Bekleidungs-spotten. Bei der Firma L. Rausch Nachfolger, Poststraße, dient für 30-40 Arbeiter ein Pferdeceiler als Waschvorrichtung. An Waschvorrichtungen fehlt es auf den meisten Blägen überhaupt. Die Klosettverhältnisse sind noch viel trauriger. Durch eine statistische Aufnahme seitens des Transportarbeiterverbandes konnte festgestellt werden, daß von 41 Firmen nur 13 Klosetts mit Wasserflutung aufzuweisen haben. Bei 12 Firmen ist das sogenannte Tonnenklosett vorhanden. Dagegen ist auf 16 Blägen keinerlei Vorrichtung vorhanden, welche den Arbeitern Gelegenheit gäbe, ihre Notdurft zu verrichten. Die Arbeiter sind gezwungen, zu diesem Zwecke Gaswirtschäften aufzusuchen und von ihrem lärglichen Lohn noch Ausgaben zu machen. Auch fehlt es auf den meisten Blägen an Aufenthaltsräumen, so daß die Arbeiter bei Wind und Wetter ihre Wohnräume unter freiem Himmel einnehmen müssen. Da, wo Aufenthaltsräume vorhanden sind, befinden sich diese oft in einem Zustand, der es einem anständigen Menschen unmöglich macht, diese zu benutzen. Verschiedene derartige Aufenthaltsräume werden von Ratten benutzt. Bei der Firma Hagenstein auf dem Kohlenbahnhof Wedding haben Ratten den Arbeitern das Frühstücksbrot aus den Röden, die in den sogenannten Aufenthalts-räumen hängen, aufgefressen. Die Versammelten drohten zum Ausdruck, daß die Unternehmer, welche auf diese Mängel hingewiesen wurden, sich nicht herbeilassen, Abhilfe zu schaffen. — Ausgesprochen wurde, daß es endlich an der Zeit sei, daß die hier in Frage kommende Aufsichtsbehörde, die Polizei, die Mängel auf den Berliner Kohlenblägen in Augenschein nehme und dafür Sorge trage, daß der § 120b der Reichsgewerbeordnung von den Berliner Kohlenhändlern beachtet und durchgeführt werde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 8, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Sprechstunde 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

H. B. 79. 1 und 2. Ja. 8. Das Amtsgericht Charlottenburg ist unzuständig. — Die Zuziehung eines Amtes ist nicht notwendig, aber zweckmäßig. — G. P. 100. Die Unfallrente kann nur dann erhöht oder erniedrigt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit sich vergrößert oder vermindert hat. Der Umstand, daß der damalige geringe Tagelohn zugrunde gelegt war, hat leider keinen Einfluß. — E. 77. K. K. Lassen Sie es auf eine Klage antworten. Dar die Ware zum Verbrauch entnommen, nicht zum Weiterverkauf, so würde Verjährung vorliegen. — B. B. 74. Der Abzug wäre keineswegs zulässig. Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — G. P. 1001. Die Beglaubigung der Heiratsurkunde wäre zwecklos. Ein Auslandsnachweis ist zweckmäßig, aber nicht erforderlich. — St. 26. Die Restamanten sind rüchthlich des Abzuges für die zweite Hälfte Erfolg nicht haben, vielmehr aber wegen des Abzuges. — G. S. 10. Reiz. — Müller, Reuterstraße. Wenden Sie sich an den Gewerkschaftssekretär, Calowstr. 22, oder noch besser an den Vorstand Ihrer Organisation. — R. 100. 1. Die Frankfurterunterstützung ist so lange zu zahlen, wie die Statuten es vorsehen. Der Umfang einer Invalidenrente entbehrt die Rasse von ihrer Verpflichtung nicht. 2. Auch in diesem Falle ist die Frankfurterunterstützung weiterzuzahlen. — Krüger. Soweit ersichtlich, ist der Abzug und das Vorgehen gegen Sie ungerichtet. Eine genaue Kenntnis des Sachverhalts ist es aber unmöglich, Ihnen genaue Bescheid zu erteilen. — R. B. 26. Reizen Sie die Klage ein. — R. B. 31. Nein. Nur die Witwe und die hinterlassenen Kinder unter 15 Jahren haben das Recht, die Hälfte des Nebenamtenvertrages zurückzuverlangen, falls der Vater stirbt, ohne in den Besitz einer Invalidenrente gelangt zu sein. — G. P. 1000. Die Kinder aus erster Ehe können ihr Pflichtteil verlangen. Das, was die Frau miterbeidet hat, gilt mangels eines besonderen Vertrages als zum Nachlass des Mannes gehörig. Der Pflichtteil der Kinder (das ist die Hälfte der gesetzlichen Erbportion, also in Ihrem Falle ein Sechstel des Nachlasses) kann nicht getätigt werden. Die Geschwister und anderen Verwandten erben in Ihrem Falle nicht mit. — K. 10. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — C. K. 21. Die Geburtenangelegenheitsordnung für Berlin haben wir ausführlich in der Nummer vom 15. Juli unter Beilager Nachrichten mitgeteilt. — R. 2050. 1. Sie sind nicht wahlberechtigt. 2. Es ist der vorerwähnten Mitteilung zu entnehmen, Sie sind nicht wahlberechtigt. Den Verlust müssen Sie glaudhaft machen

Die Gemeindegewählerlisten liegen nur noch bis zum 30. Juli aus.

Partei-Angelegenheiten.

Stichter Wahlkreis. Die Generalversammlung unseres Wahlvereins findet am Dienstag, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29, statt. Der Vorstand.

Die Kreis-Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim findet am Sonntag, den 1. August, mittags 12 Uhr, im Café Bellevue zu Nummelsburg, Hauptstr. 2 statt.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Halbjahresbericht des Vorstandes.
2. Der Parteitag in Leipzig:
 - a) Allgemeines.
 - b) Das neue Organisationsstatut.
3. Die Brandenburger Provinzialkonferenz.
4. Kreisangelegenheiten.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuhören wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Berliner Nachrichten.

Die Landtagswahlen in Berlin

werden, wie eine Korrespondenz zu berichten weiß, gegen Mitte Oktober stattfinden. Die Wahllisten werden vom Berliner Magistrat von Mitte August ab aufgestellt werden, nachdem nunmehr alle Einschätzungen der Steuerzahler bekannt sind.

Das Zwischenmeistersystem im Berliner Baugewerbe.

Längst ist aus dem Baugewerbe Berlins wie auch dem anderer Großstädte die Zeit geschwunden, wo ein Unternehmer den ganzen Bau in allen seinen Einzelheiten herstellte. Im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte sind die Spezialberufe im Bauhandwerk außerordentlich zahlreich geworden. Für alle die Arbeiten, die früher der den Rohbau ausführende Maurermeister mit seinen mehr oder minder auf die einzelnen Spezialarbeiten eingelebten Arbeitern ausführte, wie die Verputz-, Beton-, Mabit-, Zement-, Stuck- usw. Arbeiten werden heute von Zwischenunternehmern besorgt, die sich zwischen den Rohbauunternehmer und die Arbeiter schoben. Dadurch entstand ein bedeutender Nachteil; weniger für den Maurermeister als für die Arbeiter, denn die Mittel, die der neue Unternehmer für seinen Betrieb braucht, müssen jetzt von einer kleinen Anzahl Arbeitern verarbeitet werden. Daß dabei auch der Mehrwert für den neuen Kapitalisten zu seinem Rechte kommt, versteht sich von selbst. Andererseits konnte sich auch der Spezialunternehmer nicht mit dem knappen Gewinn zufrieden geben, den der Universalunternehmer aus der Teilbrande zog. Die Differenz muß also durch intensivere Ausbeutung der Arbeiter ausgeglichen werden. Wir gehen dabei ganz von den neuen Systemen in der Baukunst ab, wie solche z. B. die außerordentlich gestiegene Hebung des Sandsteinbaues, die Verbreitung des Tiefbaues und des Eisenbetonbaues darstellen. Daß die einzelnen Spezialisten sich auch untereinander zu neuen Interessengruppen vereinigten, hauptsächlich zu dem Zweck, ihre mittlere auch zu Spezialisten gewordenen Arbeiter gegen ihre Ausbeutungsgelüste widerstandsfähig zu machen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß zwischen diesen Spezialisten und ihren Arbeitern heftige Kämpfe entbrennen müssen, man denke nur an die Bewegungen der Ziegeleier, der Mabitler und jetzt wieder der Putzer. Bei letzteren ist der Druck fast unerträglich geworden. Erst wenige Jahre ist es her, seit die Putzer ihre Arbeiten noch selbständig übernahmen. Heute ist durchweg der Zwischenmeister vorhanden, der in rigorosster Weise seinen Vorteil wahrnimmt, und der sich ob dieses Verhaltens die allgemeine Empörung der Putzer zugezogen hat. Da diese, wollen sie die früher verdienten Löhne weiter verdienen, sich mit einer intensiveren Ausnutzung ihrer Arbeitskraft vertraut machen müssen, so sehen sie sich gezwungen, gegen die Zwischenmeister, die also nicht nur in der Textil- und Spielwarenindustrie ihr Unwesen treiben, Sturm zu laufen; ja möglicherweise ihre gängliche Ausschaltung durchzusetzen. Den angeführten Tendenzen entspricht es auch durchaus, daß diese Spezialistenarbeiten durchweg im Akkord ausgeführt werden, während im Maurerberuf selbst in der übergroßen Mehrzahl noch immer die Zeitlohnarbeit vorherrscht. Der Verdacht, der die Arbeit im Akkord verrichtet, gilt augenblicklich als „müßtergiltig“, sowohl was das moralische Verhalten anbetrifft, als auch auf dem Gebiete der Preisbildung und Herabsetzung der Akkordsätze. Während noch vor zwei bis drei Jahren 6 Mark und 6,50 für das Verarbeiten von tausend Mauersteinen gezahlt wurden, haben es die Unternehmer verstanden, den Hausbauern vom letzten Berliner Mauerstreik Akkordsätze von 4,50 M., 4 M., ja sogar 3,75 M. pro tausend Mauersteine auszuhandeln. Also in der kurzen Zeit einen Preisdruck von rund zwei Mark für eine Arbeitsleistung, die ein einzelner Maurer in einem Zeitraum von sechs bis sieben Stunden erledigt. Wollen die Berliner Akkordmänner bei diesen Sätzen noch den Wochenlohn der Stundenlohnarbeiter ertünnen, so ist dieses eben nur mit einem Verstoß gegen alle ethischen, hygienischen und sanitären Gebote möglich. Die Herstellung des Hauses und sein Wert müssen darunter leiden. Das geben auch die Akkordmänner in einem Flugblatt, in welchem sie die genannten Tatsachen konstatieren, und die Kollegen zum Abwehrkampf auffordern, ganz offen zu. Hier können es die Zwischenmeister ganz besonders wagen, ihre „spezialisierten“ Arbeiter zu Boden zu drücken, da diese Elemente von der ehrlichen Lohnarbeit gewissermaßen als Reuegenen und moralisch minderwertige Elemente betrachtet werden.

Am kräftigsten aber entfaltet sich augenblicklich das Zwischenmeisterystem im Stein- und Mörtelträgerberuf. Hier, wo man dieses noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten

hätte, vollzieht sich eine Umwälzung, die alles Bisherige in Schatten stellt. Die Muldenträger, die mittelbar vom Bauausführenden beschäftigt wurden, stehen auf dem Aussterbeat und an ihre Stelle treten mehr und mehr die Fahrstuhlträger. Auch diese waren anfänglich vom Baumeister angestellt und der Fahrstuhllieferant wurde für die gewerbmäßige Lieferung desselben entschädigt; also schloste schon der neue Zwischenmeister — Fahrstuhllieferant — einen Gewinn. Dabei blieb es nicht. Aus dem Lieferen der Fahrstühle für Neubauten ist ein Gewerbe geworden, das mehr und mehr im Großen betrieben wird. Und da das bloße Verleihen der Fahrstühle nicht allzuviel einbrachte, geht man nun dazu über, die Träger von dem Fahrstuhllieferanten aus anzustellen und zu bezahlen. So haben wir jetzt die Tatsache zu verzeichnen, daß einzelne dieser neuen Spezialisten 20—30 Fahrstühle besitzen und sie mit der entsprechenden Anzahl Träger versehen, auf den Bauten in Funktion treten lassen. Das Fazit ist eine Verdrängung der Muldenträger und infolge der gesteigerten Ansprüche wie überall eine intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft zugunsten des Zwischenmeisters; denn die Tagesleistung der Träger ist gestiegen, aber die Wochenlöhne sind durchweg im Rückgange begriffen. Vergeblich versuchen sich auch hier die Arbeiter gegen die über Nacht entstandenen Ausbeuter zu wehren. Die Polypen breiten die Zwischenmeister im Berliner Baugewerbe ihre Arme aus, mit dem Erfolg, das Handwerk zu korrumpieren, die Arbeitsleistung in ungesundester Weise zu steigern und die Löhne herabzudrücken. Daß demgegenüber nur eine gute Organisation helfen kann, braucht hier wohl nicht besonders gesagt zu werden.

Verlegung des städtischen Militärbüreaus. Das in der Klosterstraße 41 befindliche städtische Militärbüreau, das auch die Unterabteilung an die Familien der zur Uebung eingezogenen Mannschaften leistet, wird Sonnabend, den 31. Juli, nach Klosterstraße 68, Eingang Waisenstraße 27, verlegt. Am Umzugstage ist das Bureau geschlossen.

Fahrkartenkontrolle auf der Nordbahn. Auch am letzten Sonntag hat bei dem durch das schöne Wetter verursachten Riesenbahnverkehr auf der Nordbahn, namentlich zwischen Ziegel-Berlin und Gesundbrunnen-Berlin, wieder eine umfassende Fahrkartenkontrolle in der zweiten Wagenklasse stattgefunden. Der „Voss. Zig.“ wird darüber geschrieben: „Obwohl erst zu Pfingsten auf derselben Strecke mehrere hundert Fahrkäse zur Verstrafung festgesetzt worden sind, wurden wieder in jedem Abendzuge Dutzende von Personen betroffen, die mit Fahrkarten dritter Klasse in den Abteilen der zweiten Klasse saßen. Es handelte sich zumeist um vollberechtigte Uebertretungen, da die Abteile zweiter Klasse von Unberufenen auch dann betreten werden, wenn in denselben dritter Klasse noch Platz ist. Die Kontrollbeamten beschränkten sich am letzten Sonntag darauf, die abgesetzten Personen einfach aus den Abteilen hinauszuweisen, weil zur namentlichen Feststellung sämtlicher Betroffenen gar keine Zeit blieb. Nur vereinzelt wurden Personen mit Fahrkarten dritter Klasse herausgegriffen und festgesetzt.“

Wir möchten bezweifeln, ob in der Tat noch in der dritten Klasse Platz gewesen ist, um das Versteigen der zweiten Klassenabteile für bezurteilenswerten zu halten. Nach unserer Kenntnis der Dinge sind gerade die Züge auf der Nordbahn an Sonntagen derart besetzt, daß in einem Coupé oft bis 20 Menschen aneinandergepreßt sind. Will die Bahnverwaltung das Versteigen der zweiten Klassenabteile durch Passagiere mit Fahrkarten für die dritte Wagenklasse an Sonntagen bestrafen, so sorge sie auch dafür, daß das fahrende Publikum in der dritten Klasse Platz findet; im anderen Falle muß das Vorgehen der Bahnbehörde, wenn auch dem Buchstaben der Bestimmungen entsprechend korrekt, doch nach Lage der Sache als rigoros bezeichnet werden.

Beschwerden über Militärkonzerte äußert jetzt auch das sogenannte bessere Publikum, das sich bekanntlich sonst in der Beweichäckerung der Militärkapellen, sobald diese in öffentlichen Lokalen für hohes Eintrittsgeld konzertieren, nicht genug leisten kann. Vielleicht erst durch diesen förmlichen Uniformstolz dazu veranlaßt, geben sich manche Militärkapellen beim Spielen lange nicht mehr dieselbe Mühe wie früher. Sie blasen ihr Programm ziemlich mechanisch herunter und legen auf die künstlerische Ausführung recht wenig Wert. Schon die Auswahl der Musikstücke läßt sehr zu wünschen übrig. Manche Musikdirektoren haben die Angewohnheit, möglichst viel mit klassischen Stücken zu glänzen, sind aber dieser schwierigen Aufgabe nicht immer gewachsen. Wenn das ganze Programm nur aus klassischen Sachen oder nur aus patriotischem Klingklang besteht, so wächst das dem Publikum, das doch nicht bloß aus Musikern oder aus Hurrapatrioten zusammengesetzt ist, zum Hals heraus. Als „Einlage“ nach jedem Teil wurden früher besonders wirkungsvolle Stücke gespielt. Heute hampelt man irgend einen Marsch herunter, um möglichst schnell an die Schänke zu kommen. Verschiedene Musikmeister haben die Einlage schon ganz unter den Tisch fallen lassen. Ein weiterer Mifstand, an dem vielleicht auch die Inhaber der betreffenden Konzertlokale unschuldig sind, betrifft den Druck der Programme. Schreiber dieser Zeilen hat in Berliner Vororten wiederholt Programme erhalten, die den an mehreren Sonntagen zuvor ausgegebenen vollständig gleichen. Immer dieselben Stücke zu hören, macht doch wenig musikalisches Vergnügen. Oder sind die betreffenden Kapellen, in Gegensatz zu den sehr vielseitigen Zivilmusikern, nur auf ein verhältnismäßig kleines Repertoire eingeschränkt? Es ist auch wiederholt mißfällig beobachtet worden, daß das Programm an der Spitze eine Regimentskapelle ankündigt, die überhaupt nicht konzertierte, und daß dann der halbe gedruckte Teil mit der Ausführung nicht übereinstimmt. Trotzdem muß man für solche fragwürdigen Beittel seine 10 Pf. abladen. Bei Konzerten von Zivilkapellen kommt so etwas nicht vor. Das Publikum würde hier auch sofort Protest erheben, während es die Militärkapellen trotz des hohen Eintrittsgeldes verhimmelt.

Emil Böhl, ein alter eifriger Parteifreund, ist gestorben. Er war einer von den Alten, deren Reihen sich immer mehr lichten. Rahgezu ein volles Menschenalter hat Emil Böhl zu uns gestanden. In der schwersten Zeit, die je die Partei durchzumachen hatte, stand der Verstorbene treu und unerschrocken in unseren Reihen; keine Opfer scheuend, war er immer da, wenn der Partei galt. Wiederholt stellten ihn die Genossen zum Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl auf. Und als ihm sein körperlicher Zustand nicht mehr erlaubte, die so wichtige, die Erfolge unserer Partei verbürgende Kleinarbeit mitzumachen, suchte unser Freund die Partei soweit wie möglich materiell zu unterstützen. Nun ist auch er dahingegangen, der früher lange Jahre im 4. Kreise, zuletzt im 6. Kreise sein Domizil aufgeschlagen hatte. Alle die Genossen, die den guten Emil Böhl kannten, werden ihm sicher ein gutes Andenken bewahren.

Uebungsfahrt des Militärluftschiffes.

Unter Führung des Majors Sperling stieg gestern vormittags 10 1/2 Uhr der Militärballon „Groß II“ nach längerer Pause vom Ziegeler Schießplatz aus zu einer Uebungsfahrt auf, die über das Zentrum Berlins hinweg nach dem Tempelhofer Felde führte. Dort führte das Luftschiff, in dessen Gondel außer dem technischen Personal noch mehrere Offiziere Platz genommen hatten, in einer Höhe von etwa zweihundert Metern mehrere gelungene Lenkmanöver in horizontaler und vertikaler Richtung aus und fuhr dann über das westliche Berlin nach dem Aufstiegsort zurück. Dort manövrierte es 1 1/2 Stunde lang, um die Einwirkung des Regens zu probieren. Die Höhen- und Seitensteuer funktionierten ausgezeichnet. Dann flog das Militärluftschiff nach Spandau und kehrte über Charlottenburg und die westlichen und nördlichen Vororte zurück. Die Landung erfolgte um 1 Uhr nach 3 1/2 stündiger Fahrt. Der „Groß II“ hatte mit einem sieben Meter starken Wind zu kämpfen. Der Ballon ist in der Mitte um acht Meter verlängert worden. Die Führung hatte Major Sperling. In der Gondel befanden sich insgesamt acht Personen.

Vor den Augen seiner Brüder ertrunken ist der 5jährige Sohn des am Kottbuser Damm wohnenden Schlossers Reich. Der Knabe spielte am Freitag mit seinen beiden älteren Brüdern und mehreren anderen Kindern am Rahbach-Ufer. In einem Augenblick, als niemand auf den Kleinen achtete, war dieser plötzlich spurlos verschwunden und alle Nachforschungen nach seinem Verbleib blieben vergeblich. Es wurde zunächst angenommen, daß an dem Knabe ein Verbrechen verübt worden wäre. Diese Vermutung hat jedoch keine Bestätigung gefunden. Gestern wurde die Leiche des Jungen in dem Landwehrkanal nahe der Kottbuser Brücke aufgefunden. Die Leiche zeigte keinerlei Spuren von Verletzungen. Vermutlich war der Knabe auf die Böschung gesteuert und, ohne daß jemand hieron etwas bemerkte, in das Wasser gestürzt.

An die Verwaltung der Straßencleaning richtet sich eine Klage, die uns von Bewohnern des Gesundbrunnens zugeht. Es wird über geringe Reinigung der Straßen geklagt. Den Bewohnern der Stettiner Straße ist es in diesen Sommer aufgefallen, daß die genannte Straße nicht einmal an heißen Tagen beprengt worden ist. Wenn einmal ein Auto diese Straße durchfährt, wird man in eine dicke Staubwolke eingepfiffen. Es wird die Frage aufgeworfen, aus welchem Grunde eine solche Vernachlässigung gerechtfertigt werden soll. Schließlich sind es doch auch Steuerzahler, die hier wohnen und die auch etwas Berücksichtigung verlangen können.

Bei einem Rettungsversuch den Tod gefunden hat der Schiffer Adolf Koll, der auf einer Steinzeile angeheiratet war. Das Fahrzeug befand sich vorgestern auf der Fahrt nach Berlin in der Nähe von Erkner, als plötzlich der 4jährige Sohn des Schiffseigners beim Spielen über Bord fiel. Koll, der den Unfall bemerkte, sprang sofort nach und es gelang ihm auch, das Kind, bevor es irgend welchen Schaden genommen hatte, zu retten. Etwa 10 Minuten später wurde der Schiffer, wahrscheinlich infolge der Aufregung, von einem Schlaganfall getroffen und starb, ehe aus Erkner ein Arzt zur Hilfe gerufen werden konnte.

Einbruchsdiebstahl am Kurfürstendamm. Ein großer Einbruch ist bei einem hohen Beamten am Kurfürstendamm verübt worden. Der Beamte, der vor einiger Zeit eine Urlaubsreise antrat, hatte seinen Wohnungsschlüssel beim Förstner abgegeben, bei dem er an einem Brett hing. Diese Gelegenheit benutzte ein 19 Jahre alter Burche Wilhelm Vollmer aus der Dorotheenstraße, der früher einmal in dem Hause als Diener beschäftigt war und Bekcheid wachte. Der schwächliche junge Mann schlich sich in das Haus und benutzte einen geeigneten Augenblick, sich den Wohnungsschlüssel anzueignen. Er schloß dann auf und fand in der Hintertreppe den Schlüssel von innen hängen. Diesen steckte er ein, während er den Vorder Schlüssel wieder an seine Stelle hängte. Am nächsten Tage drang Vollmer mit dem richtigen Schlüssel durch die Hintertür ein, fand in einem offenen Schrank die Schlüssel zum Geldsind und erbeutete daraus mehrere hundert Mark in barem Gelde, für mehrere tausend Mark Wertpapiere und Juwelen von hohem Werte, darunter auch ein kostbares Perlenhalsband, Brillanten und Uhren. Nachdem der Dieb für 5000 Mark Papiere an mehrere Banken verkauft hatte, begann Vollmer ein flottes Leben. Das Geld gab er mit vollen Händen aus, die Schmuckstücke veräußerte er an weibliche Stammgäste der Bars und Nachtclubs. In der Wohnung eines Mädchens in der Vorkriegstraße wurde der Einbrecher gestern ermittelt und verhaftet, nachdem der Förstner den Verdacht auf ihn gelenkt und seine allzu große Freigiebigkeit auf seine Spur geführt hatte. Koller ihm wurde auch sein 18 Jahre alter Bruder Karl festgenommen, der sich der Behörde schuldig gemacht hatte. Man fand bei dem Einbrecher noch Wertpapiere und 750 M. bares Geld.

Das siebente Opfer des Rennbahnunglücks ist der Kaufmann Willi Martin aus der Steinmehlfabrik jetzt geworden. Er hatte außer anderen Verletzungen einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten, so daß eine Schädelreparation vorgenommen werden mußte. Auch diese konnte keine Rettung bringen. Jetzt liegen noch lebensgefährlich danieder: der Diener Christian Schmidt, der Klempner Max Riech und Fräulein Alara Wegener. Inzwischen ist, so schreibt der „L.A.“, von der Behörde bestimmt worden, daß zur Sicherung des Publikums auf der Rennbahn die Barrieren verstärkt werden müssen, außerdem sollen sie höher sein als bisher. Weiter wurde vom Polizeipräsidenten der Rennbahn im Botanischen Garten die Erlaubnis erteilt, auf der Bahn trainieren zu lassen. Die vollständige Freigabe dürfte am Sonnabend erfolgen, so daß am kommenden Sonntag bereits Rennen abgehalten werden können. Allerdings dürfte es sich dann nur um Rennen mit Tandemführung handeln, da, selbst wenn das Verbot der Motorschrittmacher aufgehoben würde, dies keinesfalls vor vier Wochen geschehen könnte.

Jugendausflüge.

Der Jugendausflug für Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 1. August, drei Jugendausflüge.

1. Gruppe Südost: Grünau—Göfen—Müggelberge. Treffpunkte: Görlitzer Bahnhof (an der Sanitätswache) 7 Uhr; Moritzplatz (an der Normaluhr) 6 1/2 Uhr; Dohrenkaufensplatz (an der Normaluhr) 6 1/2 Uhr. Gemeinsame Fahrt vom Görlitzer Bahnhof nach Grünau. Frühstück im Restaurant „Zur Palme“. Fahrgeld 40 Pf.

2. Gruppe Nordost: Friedrichshagen—Göfener Berge (Berliner Schweiz) — Grünau. Treffpunkte: Alexanderplatz (an der Carolina) 7 Uhr, Landsbergerplatz (an dem Denkmal) 7 Uhr, Schleißer Bahnhof (Köpenickerstr., Ecke Madaistraße) 6 1/2 Uhr. Gemeinsame Fahrt bis Friedrichshagen. Von da Wanderung durch den Wald über Rahnsdorf, Wilhelmshagen (Frühstück im Walde), Erker, Neu-Zittau, Göfen (Mittagstisch). Weiter zum Göfener Berge. Im Restaurant Zwischens Kaffeepause (Tasse 10 Pf.). Dann Fortsetzung der Wanderung über Schmüdowitz nach Grünau. Von Grünau Rückfahrt. Fahrgeld 40 Pf.

3. Gruppe Norden: Spielpartie nach Ziegeler Forst. Treffpunkte: Rentebeckplatz (an der Normaluhr) mittags 1 Uhr. Fahrt mit der Straßenbahn nach Ziegel. Schwedenstraße (an der Normaluhr) mittags 1 Uhr. Fahrt vom Bahnhof Schönholz nach Ziegel. Gemeinsamer Treffpunkt in Ziegel an der Humboldtmühle, dann Wanderung nach Ziegelgrund.

Wir bitten die Teilnehmer, ihre Jugendliederbücher mitzubringen.

Alle Jugendlichen sind zu diesen Ausflügen freundlichst eingeladen. Auch bitten wir die proletarischen Eltern, unseren Veranstaltungen ihr Interesse zuzuwenden.

Der Jugendausflug für Groß-Berlin.

Warnung vor einem Schwindler. Der Vorstand des Männerchors „Fichte-Georgina“ schreibt uns: In letzter Zeit ist ein Schwindler gelungen, ein Mitglied unseres Vereins sowie auch den Dirigenten um Beträge von 1-5 M. zu prellen.

Bekanntmachung betreffend Prüfung von Kraftfahrzeugen und deren Führer. Der Polizeipräsident teilt mit: Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich als amtlichen Sachverständigen, welcher befugt sein soll, gemäß § 4, Abs. 2, und § 14, Abs. 1, der Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, vom 29. September 1908, Kraftfahrzeuge und Führer von solchen zu prüfen und darüber Gutachten und Zeugnisse auszustellen, außer den in meiner Bekanntmachung vom 15. Juni 1909 genannten Herren noch den Diplomingenieur Max Preuß, Ingenieur des Dampfessel-Revisionsvereins „Berlin“, in Berlin NW. 28, Lessingstr. 34, anerkannt habe.

Zweiter Wahlfreid. Am Sonntag ist auf dem Waldfest eine Halskette gefunden und eine Krawattennadel verloren worden. Auskunft gibt Genosse Karl Kemmer, Jahnstr. 18.

Gefunden wurden am Montag beim Familienfest des vierten Kreises in Ludwigs Viktoriagarten, Treptow, einige Gegenstände, die im Bureau des Wahlvereins Stralauerplatz 1/2 in Empfang genommen werden können.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr Dresdener Straße 45: Monatsfeier der diensttuenden Abteilung. Die Armenbinden müssen umgetauscht werden. Da viel Bestellungen eingelaufen sind, müssen alle Mitglieder erscheinen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Gräfestraße 31 Feuer aus, das bei Ankunft des 11. Zuges schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Die Flammen schlugen an mehreren Stellen aus dem Dache empor, so daß von mehreren Seiten vorgegangen werden mußte.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die mifflichen Verkehrsverhältnisse am Charlottenburger Bahnhof scheinen vorläufig noch keine Besserungen zum Besseren zu erfahren. Seit der baulichen Entwicklung des Stuttgarter Platzes, dem fast vollständigen Ausbau der Kaiser Friedrichstraße und des südlichen Teiles der Windscheidstraße ist der Charlottenburger Bahnhof in seiner jetzigen Anlage immer mehr zum Verkehrshindernis geworden.

Nach dem was verkundet, ist vorderhand an eine Unterführung im Zuge der Kaiser Friedrichstraße nicht zu denken. Dieses Projekt könnte am praktikabelsten nur in Verbindung mit dem Bau einer geplanten Untergrundbahn gelöst und zum anderen abhängig gemacht werden von den Plänen der Eisenbahndirektion in bezug auf den Neubau des Bahnhofs.

Dagegen sollen für den Bau einer Unterführung im Zuge der Windscheidstraße bessere Aussichten bestehen. Wann sie jedoch erfüllt werden, läßt sich nicht voraussagen, so daß man sich die jetzigen Zustände schon noch eine geraume Zeit wird gefallen lassen müssen.

Eine Zentral-Wakuum-Anlage? Wie Märchen lesen sich die phantastischen Schilderungen Wellamhs in seinem „Mädchlein aus dem Jahre 2000“, wenn er in denselben die kompliziert angelegten zentralisierten Einrichtungen aller Art schildert.

Eine Gesellschaft bei Düsseldorf will dieses Problem durch die Einrichtung einer zentralen Entschäufungsanlage für ganz Charlottenburg lösen. An der Zentralstelle würde ein großer Behälter luftleer gepumpt werden. Von diesem Behälter ging ein Rohrnetz durch die ganze Stadt. Die die Gas- und Wasserrohre liefen die Leitungen unter der Erde hin. Jedes Haus und jede Wohnung und darin jedes Zimmer hatte an die Rohr- oder Schlauchleitung angegeschlossen werden.

Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Düwel, Nollendorfplatz. Für den

Luft und damit den Staub auf. In einem kleinen Sammelgefäß würde für jedes Haus der Staub und Schmutz besonders aufgesaugen und dann beseitigt werden können. Die Sache ist also ganz einfach.

Zu der Ausführung dieses Projektes bedarf die Gesellschaft jedoch die Zustimmung der Gemeinde zur Benutzung der Straßen. Davon also wird es abhängen, ob wir schon jetzt Wellamhs Phantasien überholen können oder ob wir damit noch warten müssen.

Ueber einen Raubfall wird berichtet: Montag abend zwischen 1/2 bis 12 Uhr sind zwei Herren, vom Zoologischen Garten kommend nach der Berliner Straße gehend, unmittelbar in der Nähe des Amies in der dunkeln Querstraße an der Akademie für Musik von drei Strocheln überfallen worden. Dieselben hielten den beiden Herren einen Revolver vor und ein offenes Messer mit den Worten: Geld oder Leben! Daraufhin wurden den beiden Herren die Taschen erwidert und eine Barthaft von 800 M. abgenommen.

Rigdorf.

Todessturz eines Kindes. Ein beklagenswerter Unglücksfall hat sich gestern auf dem Grundstück Weserstr. 80 zugetragen. Die Ehefrau des im dritten Stockwerk wohnhaften Arbeiters Kühlung hatte auf dem Boden Wäsche getrocknet und währenddessen ihr drei Jahre altes Kind allein in der Wohnung zurückgelassen.

Rummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte, nur schwach besetzte Gemeindevertretung hat in ihren Verhandlungen über die beiden Hauptpunkte der Tagesordnung: Errichtung eines Sonnabendmarktes auf dem Vorkagener Platz, wie bei der Errichtung der Erhaltung des an der Prinz-Albert-Straße und Schlichtallee belegenen „Spielplatzes“ so recht das Bild eines rüchhändigen Dorfparlaments. Der jetzige Marktstandspächter hat der Gemeinde ein Angebot von jährlich 10 000 M. für diesen neu einzurichtenden Markt gemacht.

Die Herstellungskosten betragen aber hierfür allein auch mehrere tausend Mark. Im übrigen war schon früher von unseren Genossen die Errichtung eines Spielplatzes auf dem Rathausgrundstück für die Vorkagener Jugend angeregt worden — ohne bei den bürgerlichen Vertretern ein Verständnis hierfür zu finden.

Röpenitz.

Eine verkehrte Spekulation. Ein Unternehmer hatte dem Magistrat von Berlin und der Stadtdirektion Röpenitz den Plan unterbreitet, die Wuhle, welche von den Fallenderger Mieselselberrn nach der Spree fließt, in einen Stichkanal umzuwandeln.

Zossen.

Eine Straßendemonstration fand am Sonntag am hiesigen Orte statt. Allerdings handelte es sich nicht etwa um Sozialdemokraten, sondern um Patrioten. Anlässlich des Schützenfestes fand ein Umzug durch die Straßen des Orts statt unter polizeilicher Begleitung; natürlich fehlte auch die Musik nicht.

Falkenhagen-Seegefeld und Staaken.

In der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Leidner über das neue Organisationsstatut der Partei. Hierauf folgten die Berichte der Funktionäre über das verfloffene Halbjahr. Des fehlenden Lokales wegen konnte nur eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Die Mitgliederzahl ist etwas gestiegen. Die Bibliothek umfaßt 419 Schriften und wurde in 109 Fällen benutzt.

Spandau.

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Gewerbegerichts standen vier Sachen zur Verhandlung an, davon endete eine durch Vergleich, die anderen durch Urteil. Gemeinderenntwert sind folgende Sachen: Der Kaufherr G. Kagt gegen den Kaufmann M. H. L. n. b. e. d. auf Zahlung von 8,15 M. Lohn für eine Woche, 14 M. für Kost und 2 M. für Logis.

Vermischtes.

Fortschreitende Industrialisierung Lothringens.

In Molancourt (Kreis Metz) wurden 465 000 M. Gemeindevotum an die Gesellschaft Jakobus verkauft, die in den benachbarten Orten St. Marie-aux-Chênes, St. Privat und Voucourt ebenfalls Landbesitz erwarb, um diese zu industriellen Unternehmungen und zum Bau von Arbeiterwohnungen zu verwenden.

Gründung einer Luftschifferschule. Wie der „Schwäbische Merkur“ berichtet, hat der deutsche Luftschiffverein vom preussischen Kriegsministerium einen Beitrag von 6000 M. zur Gründung einer Luftschifferschule in Friedrichshafen erhalten. Die Schule soll am 1. Oktober zunächst mit 8 jungen Leuten im Alter von etwa 18 Jahren gegründet werden.

Automobilunglück.

Eibersfeld, 28. Juli. Heute morgen gegen 4 Uhr fuhr das Automobil des Fabrikanten Brunshofer-Welbert auf der Chaussee Eibersfeld-Neuburg, nahe Waldmüdrath gegen einen Telegraphenmast. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert. Von den vier Insassen wurden der Sohn des Besitzers und der Chauffeur getötet, einer schwer, einer leicht verletzt.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr: schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reger, Preise beständig. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Krebs: wenig gefragt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßholz: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 28. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temperat. in °C	Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temperat. in °C
Amstemb.	759.0	SW	2 wolkig	17	Caparanda	750.0	NO	2 halb bb.	15
Damburg	756.0	SO	3 Regen	15	Petersburg	752.0	NO	2 bedeckt	14
Berlin	759.0	SO	2 wolkig	17	Scilly	763.0	NO	3 wolkig	12
Frankf. a. M.	758.0	SW	1 bedekt	18	Wien	759.0	NO	1 wolkig	12
Hannover	760.0	SW	1 wolkig	18	Wars	759.0	SO	3 wolkig	17
Wien	761.0	SO	1 halb bb.	19					

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. Juli 1909. Etwas kühler, zunächst meist trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden; später langsam aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27. 7.		am 28. 7.	
	am	seit	am	seit
Remel, Iltis	200	-0	200	-0
Bregel, Jüterburg	-19	0	-19	0
Wiesfel, Thon	142	-16	142	-16
Oder, Rathor	152	-2	152	-2
Strosen	237	-26	237	-26
Frankfurt	290	-20	290	-20
Wahlitz, Schtumm	88	-15	88	-15
Landberg	49	-2	49	-2
Rehe, Worbau	-16	0	-16	0
Elbe, Lüttenberg	9	-6	9	-6
Bredben	-97	-6	-97	-6
Darby	102	-12	102	-12
Ragdeburg	143	-11	143	-11
Saale, Großh.	70	+6	70	+6
Saale, Spandau	45	-3	45	-3
Saale, Rathenow	18	-2	18	-2
Spree, Spremberg	54	0	54	0
Beeftau	100	-1	100	-1
Weser, Minden	-100	-2	-100	-2
Weser, Witten	-80	-2	-80	-2
Weser, Wargilland	522	-23	522	-23
Raub	298	-11	298	-11
Rhin	312	-12	312	-12
Redar, Heilbronn	67	-3	67	-3
Rhein, Wertheim	125	-4	125	-4
Roßel, Trier	65	+10	65	+10

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpegel.

Inseratenteil verantw.: Th. Gieseler, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.